Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 104. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 2. März 1880.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

10. Sitzung vom 1. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Graf Stolberg, v. Kameke, v. Stosch, v. Verdy u. A.

Der Abg. Zimmermann ist gestern plötzlich verschieden. Der Reichstag ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Eingegangen sind: 1) die auf Grund des § 6 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Civilproceßordnung vom 30. Januar 1877 unter Zustimmung des Bundesrathes erlassene kaiserliche Verordnung vom 28. September 1879, betreffend die Begründung der Revision der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten; 2) ein Schreiben des Reichskanzlers, betr. die Einholung der Ermächtigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung des Maurermeisters Rodechtel in Salzungen wegen Beleidigung des Reichstages, und 3) ein Schreiben des Reichskanzlers, betreffend die Sistirung des Strafverfahrens gegen die Abgg. Fritzsche und Hasselmann.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend eine Ergänzung des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen u. s. w. in erster und zweiter Berathung ohne Debatte genehmigt worden, tritt das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874, ein.

Bundesbevollmächtigter Kriegsminister v. Kameke: Meine Herren, die verbündeten Regierungen sind sich wohl bewußt, daß mit der Novelle zum Militärgesetz Ihnen eine Vorlage von schwerer Tragweite unterbreitet worden ist. Derselben sind im Schooße der Bundesregierungen auch die ernstesten Erwägungen vorangegangen. Ein Staat, wie unser deutsches Reich, kann es nicht dem Zufalle überlassen, ob er im gegebenen Falle die Stärke besitzt, seine Freiheit und die Unabhängigkeit seiner Entschließungen zu wahren. Von seinen Staatsmännern wird vielmehr absolut verlangt, Sorge dafür zu tragen, daß das Gleichgewicht, welches in der Stärke des deutschen Reiches und seinen großen Nachbarn besteht, nicht wesentlich alterirt wird. Wenn es sich nach ausgebrochenem Conflict herausstellen sollte, daß durch Versäumniß im Frieden in den Forderungen der Heeresverwaltung das deutsche Reich nicht die Machtmittel besäße, seine Würde und seine Interessen vertheidigen zu können, dann würde jeder die Regierung und speciell die Militärverwaltung dafür verantwortlich machen und das mit Recht. Daraus erwächst die Pflicht für die Regierung, mit offenen Augen der Vervollkommnung zu folgen, welche unsere Nachbarn in der Heeresverfassung einführen, die daraus resultirende Stärke zu schätzen und zu beurtheilen, welchen Einfluß dies auf die militärischen Beziehungen zu uns ausübt. Es kann dabei keineswegs darauf ankommen, daß wir in den Ziffern stets gleich gehen mit unseren Nachbarn, wohl aber darauf, daß wir nicht bis zur Hilflosigkeit überflügelt werden. Daß diese Beobachtung geschieht, brauche ich Sie wohl nicht zu versichern. Ich bin überzeugt, jedermann hat in dieser Beziehung zu dem leitenden Staatsmanne das vollste Vertrauen und weiß auch, daß er von der Militärverwaltung mit aller Treue unterstützt wird. Dies Vertrauen, meine Herren, verbunden mit der festen Ueberzeugung, daß Deutschland nur den Frieden erstreben kann, werde nicht verfehlen, Beruhigung in den Gemüthern und Zuversicht auf den Bestand der Verhältnisse herbeizuführen.

Nach unserer Beobachtung hat sich nun die Anschauung gebildet, daß, seitdem unser Heer stärker fixirt worden ist, durch das Vorgehen unserer Nachbarn dasjenige Gleichgewicht verschoben ist, welches wir durch unser Militärgesetz vom Jahre 1874 angestrebt haben. Es ist eine Ausgleichung dieses Mißverhältnisses erforderlich und zwar sind es nicht Gründe acuter Natur, die augenblickliche politische Lage und dergleichen, welche dazu treiben, sondern dauernde Gründe, die Absicht, auf alle Fälle unser deutsches Vaterland den Chancen, die im Schooße der Zukunft ruhen, gewachsen zu erhalten.

Die Veränderungen der Heereseinrichtungen unserer Nachbarn sind nun keineswegs plötzlich und erst jetzt eingetreten. Man könnte also fragen: „Da so lange gewartet ist, warum jetzt die Veränderung? warum wird nicht noch länger gewartet?" Hierauf kann ich die Antwort geben, daß die Militärverwaltung allerdings das Bedürfniß der Vervollkommnung bereits seit längerer Zeit erkannt hat, daß sie aber aus Achtung vor dem bestehenden Gesetz nicht damit hervorgetreten ist, weil das Gesetz hätte geändert werden müssen. Jetzt, wo die gesetzliche Regelung ihrem Ablauf entgegengeht, war es Pflicht, vor neuer Feststellung das Bedürfniß zu prüfen. Ich hoffe, daß Sie mir hier ein Eingehen auf die militärischen Erwägungen, die die Vorlage veranlaßt haben, erlassen werden; sie sind in den Motiven angedeutet. Sollte diese Vorlage an eine Commission verwiesen werden, so wird sich dort Gelegenheit finden, Ihnen die Ueberzeugung zu schaffen, daß Ab- und Nachhilfen erforderlich sind, und daß man durch die Maßnahmen der nachbarlichen Militärverwaltungen gezwungen war, mit der Vorlage vor Sie zu treten. Wenn Sie das einmal annehmen wollen, daß Ihnen eben die Ueberzeugung dort gegeben werden kann, so tritt die Frage in den Vordergrund: Wird durch die in der Vorlage vorgeschlagenen Mittel dem entstandenen Bedürfnisse in einer Weise abgeholfen, die die Kräfte des Landes am meisten schont?

Meine Herren, glauben Sie nicht, daß ein Kriegsminister das, was man gewöhnlich Militärlast zu nennen pflegt, nicht zu würdigen versteht. Durch Berufung in der letzten Instanz in fast allen Entscheidungen mitzuwirken, die die bürgerlichen Verhältnisse betreffen, sammelt sich für ihn ein statistisches Material, aus welchem er den Einfluß des Heeresdienstes auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes wohl beurtheilen lernt, und gezwungen, jede Forderung vor Bundesrath und Reichstag zu vertheidigen, ist er auch an eine peinliche Erwägung des finanziellen Effects seiner Postulate gewohnt. Nun sind auch in der Vorlage nur solche Vorschläge gemacht, die die geringste persönliche Last für das Volk auferlegen und möglichst geringe Geldopfer fordern. Was die persönliche Last betrifft, so ist der Grundsatz befolgt, sie auf möglichst Viele zu vertheilen; die allgemeine Wehrpflicht wird somit mehr zur Wahrheit gemacht, wenigstens erweitert und entsprechend gemildert. Man hätte vielleicht durch Verlängerung der Dienstzeit in der Landwehr auch die Mannschaften zur Completirung unserer Kriegsformation erhalten können, aber dann würden diejenigen Leute, die durch zwölfjährige Dienstzeit das Ihrige für die Sicherheit des Vaterlandes schon gethan haben, mehr belastet sein zu Gunsten Anderer, die lediglich durch eine hohe Loosnummer von der Pflicht frei wurden, und man hat deswegen andere Wege gewählt. Nur für den Theil der Heeresvermehrung, welcher augenblicklich bestimmt ist, in die Kriegsformation einzutreten, ist eine vollständige Absolvirung der Dienstpflicht in Aussicht genommen. Man gelangt dadurch dahin, daß diese Last nur auf 9- bis 10,000 Mann jährlich ausgedehnt wird; für diejenigen Mannschaften, welche bestimmt sind, die Lücken während eines entstandenen Krieges auszufüllen, ist die vollständige Absolvirung der Heerespflicht nicht beabsichtigt, obwohl in unseren Nachbarstaaten für diesen Zweck auch ausgebildete Mannschaften vorhanden sein werden. Bei uns besteht jetzt die Einrichtung, daß wir in die Ersatzbataillone Recruten einstellen, die möglichst schnell ausgebildet und dann nachgeschickt werden sollen.

Die Rapidität der neuern Kriege, die schnell erfolgenden Schläge und die dann daraus schnell erwachsenden Verluste lassen nicht die Zeit, diesen Nachersatz auch nur nothdürftig kriegsgemäß auszubilden. Diesem Uebelstande soll dadurch abgeholfen werden, daß man diesen Leuten eine etwa fünfmonatliche Uebung im Frieden auflegt, damit sie, wenn sie im Mobilmachungsfalle in die Ersatzbataillone eintreten, nach einigen Wochen auf das nothdürftigste ausgebildet sind, um nachgeschickt zu werden. Ich muß hier gleich dem Gedanken entgegentreten, als ob aus dieser Maßregel zu folgern sei, wir brauchen für die Ausbildung der Soldaten im Frieden zu viel Zeit. Das ist keineswegs der Fall. Für den Nachersatz muß man sich mit der geringeren Ausbildung begnügen, weil man eben nicht anders kann, und es geht allenfalls, weil derselbe in die geschulten Truppen hineingestellt wird und unter Anleitung der kriegsgebildeten Cameraden im Wechsel des Krieges und unter täglicher Gefahr schneller eine weitere Ausbildung bekommt. Der Rahmen aber, in den dieser jung ausgehobene Ersatz kommt, muß vollständig firm und ausgebildet sein, sonst wird die weitere Ausbildung dieser jungen Mannschaften außerordentlich viel Blut kosten. Die Zahl der jährlich einzustellenden Mannschaften dieser Kategorie würde jährlich durch den Etat festzustellen sein. Die Regierung beabsichtigt, ihre Vorschläge dahin zu machen, daß in einiger Zeit die gesammte für die erste Einstellung in die Ersatzbataillone bestimmte Quote ihre vorläufige Ausbildung empfangen hat. Die Mannschaften, welche zu diesen Uebungen herangezogen sind, sind die, welche schon jetzt zum Ersatz bestimmt sind als Ersatzreserve erster Klasse. Die Zahl derselben ist so groß, daß bei der Einberufung zu den jährlichen Uebungen die bürgerlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse derselben volle Berücksichtigung finden können.

Nun ist nach der jetzigen gesetzlichen Lage die Ersatzreserve I. Klasse im Frieden von jener militärischen Verpflichtung frei; aber wenn man annimmt, daß diesen Mannschaften auch die volle militärische Dienstpflicht hätte zugemuthet werden können, so ist es gewiß keine übermäßige Belastung, wenn sie zu dieser kurzen periodischen Dienstleistung herangezogen werden. Ein Blick in das Gesetz wird die Herren außerdem überzeugen, daß diesen Mannschaften nur die allernothwendigsten Beschränkungen ihrer bürgerlichen Bewegungsfreiheit auferlegt worden sind. Eine zweite Maßregel, die das Gesetz vornimmt, ist die Ueberführung der Reserve zur Landwehr, und der Landwehr zum Landsturm zum Frühjahrstermin. In den Materien des Gesetzes finden Sie die Begründung für diese Maßregel. Ich will nur erwähnen, daß die daraus erwachsende Last nur im Besuch einer Controlversammlung mehr besteht. Ich glaube hiernach, Sie werden mir zugeben, daß eine zu große persönliche Belastung für unser Volk aus der Vorlage nicht zu entnehmen sein dürfte, und daß der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht in nicht zu straffer Weise ausgebildet worden ist. Was nun die Kosten, das Budgetmäßige, betrifft, so sind Ihnen die voraussichtlichen Bedürfnisse in den Motiven dargelegt, sowohl das laufende Bedürfniß, als auch das einmalige. Die mehr eingezogenen Mannschaften müssen gekleidet, genährt, einquartirt werden, sie müssen Waffen und Ausrüstung erhalten, und das sind die Basen, aus denen die angegebenen Ziffern zusammengesetzt sind. Eine Einstellung von größeren Stäben ist fast gar nicht beabsichtigt, nur die Cadres für die neu zu formirenden Truppentheile sollen aufgestellt werden. Eine Errichtung von Cavallerie oder reitender Artillerie, als der theuren Truppentheile, ist ebenfalls nicht beabsichtigt. Ich würde also glauben, daß es kaum eine sparsamere Art der Abhilfe des entstandenen Bedürfnisses geben möchte. Hiernach, meine Herren, empfehle ich die Vorlage persönlich aus vollster Ueberzeugung. Ein Appell an den Patriotismus, das weiß ich, ist hier nicht erforderlich, aber erinnern möchte ich Sie an die Verantwortung, die Sie für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes durch Ihr Votum mit übernehmen. Der Reichstag ist sich bisher dieser Verantwortung stets im vollen Maße bewußt gewesen, und dies schließt keineswegs eine gründliche und sachliche Prüfung der Vorlage aus, sondern verlangt vielmehr dieselbe. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Ich bin dem Herrn Kriegsminister dankbar dafür daß er sogleich erklärt hat, wie diese Vorlage nicht aus Gründen acuter Natur, sondern aus dauernd wirkenden Gründen hervorgegangen, welche schon längst erkannt seien und nur durch den Ablauf des Septennats zum Vorschein kämen. Ich würde hiernach über die politische Situation des Augenblicks kein Wort mehr verlieren, wenn nicht Herr v. Kardorff neulich aus derselben Gründe für die Vorlage hergeleitet hätte. Das Einvernehmen mit Rußland sei nicht mehr wie bisher vorhanden, eine panslavistische und nihilistische Gährung könne nach außen explodiren. Konstantinopel in Berlin zu erobern sei deren Parole. Die russische Presse mache sich zum Geschäft, gegen Deutschland zu hetzen. Meine Partei kann am wenigsten dem Verdacht ausgesetzt sein, optimistisch über Rußland zu denken. Wir haben nicht den Vater Nicolaus in den fünfziger Jahren als den Schatzpatron und den Hort der conservativen Interessen angesehen. Ja, noch vor drei Jahren, bei der Interpellation über die Goldzölle, schalt der Reichskanzler unseren Dilettantismus, welcher an der hundertjährigen erprobten Freundschaft Rußlands zu zweifeln scheine und nicht glauben wolle daß Rußland statt eines Eroberungskrieges in der Türkei nur einen Culturkampf für die Christenheit führe. Während damals der Herr Reichskanzler vielleicht das Verhältniß zu Rußland zu optimistisch auffaßte, so scheint mir Herr v. Kardorff jetzt eher in den entgegengesetzten Fehler zu fallen. Was giebt Herrn v. Kardorff die Unterlagen hierzu? Ob eine persönliche Gereiztheit der beiden Kanzler vorliegt, die im Widerspruch steht mit dem Einvernehmen der Souveräne, ob das Verhältniß der Kanzler nur ein Symptom ist für tieferliegende Umstände, wir wissen es nicht; denn kein Parlament der Welt erfährt so wenig über auswärtige Politik wie wir. Aus der officiösen Presse wird man auch nicht klüger. An einem Tage erscheint in der „Nordd. Allg. Zeitung" jener Artikel, der ausführt, daß eine Befestigung von Kownow die Basis einer aggressiven Politik Rußlands gegen Deutschland sei, und vierundzwanzig Stunden darauf kommt ein anderer Officiöser zum Wort, schlägt dem ersteren, piff, paff auf den Kopf, und versichert, dies sei so wenig aggressiv wie Deutschland agressive Politik getrieben habe, indem es seit 1873 seine Festungen im Osten mit detachirten Forts umgeben.

Soviel dem deutschen Volke in der letzten Zeit geboten ist — mit Genugthuung hebe ich hervor, daß die gesammte unabhängige deutsche Presse ihre Entrüstung kundgegeben hat über ein so leichtfertiges und gefährliches Spiel mit der Ruhe Europas. Auch die Kreuzzeitung meinte, es sei darum nicht weniger verwerflich, weil man im Dunkeln tappe über den Urheber und die Verantwortung dafür. So unschuldig wird ja hier Niemand sein, zu meinen, die gereizten Nerven des Redacteurs der „Norddeutschen" machten die Geschäftswelt erzittern und es sei nur ein Interesse daran, wie Herr Pindter oder wie der Mann heißt, über Rußland denkt, was überall hin den Telegraphen in Bewegung setzt. Wir verstehen alles dies nicht, weil wir überhaupt über Rußland nur wissen, was in ganz Europa notorisch ist. Die alten Kräfte, welche bisher das russische Reich zusammengehalten, scheinen nach den neuesten Ereignissen dazu nicht mehr auszureichen. Rußland hat zwar im letzten Kriege eine Armee von 1½ Mill. Mann aufgeboten, aber dieses Aufgebot hat kaum ausgereicht, die Türkei, den kranken Mann in Europa, niederzuwerfen. Außerdem wissen wir nur, daß das Regierungsorgan, die „Prov.-Corresp.", die Reise des Kanzlers nach Wien im vorigen Herbst als besonderen Triumph seiner Politik feierte. Die Entente mit Oesterreich, so hieß es darin, bietet Deutschland volle Sicherheit gegen Panslavismus und Revanchegelüste und neue Bürgschaft für den Frieden in Europa und die allmälige Consolidirung der durch die letzten Kriege neugeschaffenen Situation. Wäre im Gegensatz hierzu Herr v. Kardorff so überzeugt von der Spannung der politischen Situation des Augenblicks, dann wäre es für die Presse und für ihn erst recht nicht angezeigt, angesichts des Pulverfasses irgend ein Feuer anzuzünden.

Die Thronrede trennt — offenbar absichtlich und im Gegensatz zu Herrn v. Kardorff — die Erörterung der Militärvorlage von der Schilderung der politischen Situation, die sie als eine friedliche bezeichnet. Man hat auch kein Recht zu sagen, daß für die Thronrede und den Kriegsminister die Sprache nur erfunden sei, um die eigentlichen Gedanken zu verbergen. Allerdings hat man früher wiederholt auf den umwölkten Horizont hingewiesen zu Gunsten von Geld-Vorlagen für Zwecke der Kriegsbereitschaft oder Mobilmachung. Aber diese Vorlage hat einen solchen Inhalt nicht, sondern will auf die Dauer die Armee anders organisiren. Sie soll erst nach 13 Monaten anfangen eine Wirkung zu äußern und kann ihre volle Wirkung erst nach 12 Jahren äußern. So wenig man einerseits die augenblickliche Situation für die Vorlage anführen, sollte man nach der anderen Seite hin ihre Bedeutung übertreiben. Sie wird weder, wie v. Kardorff sich ausdrückt, Deutschland in Stand setzen, einer Welt in Waffen zu begegnen, noch ist nach ihrer Ablehnung die deutsche Wehrkraft dem Zufall überlassen, die Unabhängigkeit Deutschlands in seinen Entschließungen gefährdet. Andernfalls würde ja die Militärverwaltung ein schwerer Vorwurf treffen, mit dieser Sicherstellung bis zum Ablauf des Septennats zu warten. Auch des Auslandes halber sollte man die Bedeutung der Vorlage nicht übertreiben. Denn es heißt doch, den Eindruck einer schwachen Wehrkraft hervorbringen, wenn man dieselbe zuletzt als nur von 34 Bataillonen mehr oder wenig abhängig darstellt. Mag es für die Durchbringung dieser Vorlage taktisch günstiger erscheinen, im Interesse der Friedenserhaltung liegt es nicht, wenn wir dabei schwächer uns darstellen, als wir in Wirklichkeit sind. Der Herr Kriegsminister hat erklärt, einen Appell an den Patriotismus wolle er mit dieser Vorlage nicht verbinden. Er hat Recht, den Patriotismus bei uns allen ohnehin vorauszusetzen, und wäre dies nur eine einfache Frage des Patriotismus, der nationalen Existenz, dann würde ein deutscher Reichstag nicht nöthig haben, dafür eine Commission niederzusetzen, wie der Kriegsminister dies doch von vornherein annimmt.

Bei einem Justizgesetz würde man auffallend finden, große Reden darüber, daß Gerechtigkeit im Lande herrschen müsse, zu halten, weil darüber von vornherein Alles einig ist; ebenso sollte man gegenüber solcher Militärvorlage allgemeine Sätze vermeiden, welche hier Niemand bezweifelt. Deutschland bedarf einer großen stehenden Armee. Nicht daß die Vorlage diese um ¹⁄₁₆ erhöht, ist der Schwerpunkt derselben, sondern daß eine weitere Erhöhung eintritt, nachdem die Militärlast bereits so stark gesteigert ist. Daß eine größere Militärmacht kein Nachtheil ist, bedarf keines Beweises. Für uns handelt es sich hier darum, den Ausgleich zu finden zwischen den militärischen Anforderungen auf der einen Seite und den finanziellen und wirthschaftlichen Interessen andererseits. (Sehr richtig! links.) Die Nachhaltigkeit der Wehrkraft selbst hängt zuletzt auch von der Schonung der wirthschaftlichen Kräfte ab. Ruhig, gründlich und sachlich wollen wir die Vorlage an sich prüfen. Leicht ist die Wahrung der wirthschaftlichen Seite gewiß nicht, wenn die militärische Seite vertreten wird nicht blos von jenen kriegserprobten Generalen am Ministertisch, sondern auch von dem berühmtesten Strategen der Jetztzeit, bei dem zusammenwirkt, das was er sagt, und die Person, welche es sagt. Gleichwohl fordert gerade die gegenwärtige finanzpolitische Situation zu besonders strenger Prüfung auf. 70 Millionen neuer Steuern werden erhoben, ohne daß ein Steuererlaß eintritt. Es wird nicht gelingen, wie Herr Schatzsecretär Scholz neulich versuchte, die an jene Bewilligung in der Thronrede damals geknüpften Versprechungen heute als fable convenue darzustellen. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers dafür erscheint um so schwerer, als, wie sich jetzt herausstellt, diese Vorlage schon geplant wurde, als der Herr Reichskanzler sich hier in jener Detailmalerei großer Steuererlasse erging. Jene Majorität, welche die neuen Steuern bewilligte, indem sie, wie Herr v. Puttkamer erklärte, es würde ein Stoß in das Herz des monarchischen Prinzips sein, wenn sich die gemachten Versprechungen nicht erfüllten, übernimmt eine schwere Verantwortung, wenn nach Annahme dieser Vorlage auch im nächsten Jahre Steuererlasse unmöglich werden.

Gerade weil der Wirthschaftskörper durch das Schutzzollsystem in seiner freien Entwickelung gehemmt ist, sollten auch die Gegner der Schutzzölle von ihrem Standpunkt aus es mit diesen Bewilligungen nicht leicht nehmen. Man beruft sich auf die centrale Lage in Europa. Aber diese Entdeckung ist nicht neu. Für Preußen in seiner Vereinzelung und für den Norddeutschen Bund allein war dieselbe noch gefährlicher. Auch 1874 schilderte v. Moltke das Mißtrauen unserer Nachbarn. Wir hätten überall an Achtung, aber nirgends an Liebe gewonnen. Stets hat man auf die Möglichkeit einer Vertheidigung nach zwei Fronten Rücksicht genommen. Große Festungen sind seit 1873 im Westen und Osten verstärkt. Die Flotte ist verdoppelt, die Seeküste befestigt worden. Ich zweifle, ob der Herr Marineminister dieselbe so leicht zugänglich wie die Vorlage darstellen wird. Nicht mehr kann das kleine Dänemark unsere Häfen bedrohen, und der Rhein ist gedeckt durch jene fast uneinnehmbar gemachten elsässischen Festungen. Warum sollen nun gerade die 34 neuen Bataillone es sein, welche die Vertheidigung des Landes sicher stellen? Will man gegnerische Allianzen combiniren, so sollte man doch auch die Eventualitäten nicht außer Acht lassen, daß Oesterreich-Ungarn eine Kriegsarmee von 1,100,000 Mann mit 717 Bataillonen besitzt. Aber freilich, unsere Militairverwaltung versteht sich nicht blos auf die Kriegstaktik, sondern ist auch in der parlamentarischen Taktik allen Civilverwaltungen überlegen. (Heiterkeit.) Wie Batterien versteht sie ihre Ziffern so geschickt zu gruppiren, daß man, wenn man sich nicht vorsieht, leicht in die Capitulation gerathen kann. (Heiterkeit.) So verschweigt sie in der Gegenüberstellung der Bataillonsziffer, daß Bataillon und Bataillon in Deutschland, Rußland und Frankreich nicht dasselbe ist, bei uns mindestens 549 Mann zählt, in Frankreich höchstens 330, in Rußland kaum 400. Man verschweigt, daß die Vermehrung der Bataillonszahl in Frankreich nicht eine Vermehrung der Infanterie, sondern eine Verminderung der Compagniezahl bedeutet.

Die Regimenterzahl ist in Frankreich dieselbe geblieben; das Regiment zählt jetzt 18 statt früher 21 Compagnien, welche jetzt in 4 statt früher in drei Bataillone eingetheilt werden. Das russische Regiment hatte früher 3 Bataillone à 5 und hat jetzt 4 Bataillone à 4 Compagnien. Die „Preußischen Jahrbücher", während sie sonst mit Vorliebe gegen die deutschen Juden Krieg führen, bringen einen Krieg-in-Sicht-Artikel, der einen wahren Kriegsfanatismus gegen Frankreich und Rußland athmet. Jede Ziffer in diesem Artikel ist falsch. (Hört, hört!) Was soll man zu Historikern sagen, die nicht einmal die Jetztzeit richtig darstellen. Der Artikel behauptet, Frankreich habe seit 1875 die Friedenspräsenz um 144,000 Mann erhöht. Aber schon 1874 gab Herr von Moltke die französische Friedenspräsenz auf 471,000 Mann an und heute beträgt sie 497,000 Mann. Wir selbst haben unser Effectiv seit 1875 um 35,000 Mann erhöht. Es ist überhaupt falsch, die französische Friedenspräsenz von 497,000 mit unserer Ziffer von 401,000 zu vergleichen. Denn jene 497,000 umfassen, was bei uns nicht der Fall, auch alle Offiziere, die Gendarmerie, alle Beamten, Zöglinge, Arbeiter in Werkstätten, die Einjährig-Freiwilligen, kurz Alles was vom Militärbudget unterhalten wird. Läßt man dies wie bei uns außer Betracht, so ist die französische Friedenspräsenz eher schwächer als die unsrige. Besonders gilt dies von der Infanterie, welche seit 1875 keineswegs stärker geworden ist. Das deutsche Regiment zählt 1694, das französische 1560 Mann. Natürlich sind in Frankreich die Compagnien um so schwächer, betragen nur 82 Mann, bei uns dagegen 137. Herr von Moltke selbst hat 1877 noch hervorgehoben, daß solche schwache Compagnien eine gründliche Ausbildung nicht ermöglichten. Von diesen schwachen Seiten der französischen Organisation als Folge der größeren Bataillonszahl aber spricht die Regierung nicht. Während in Frankreich gerade gegenwärtig untersucht wird, ob die Bataillonszahl nicht im Interesse stärkerer Compagnien zu vermindern ist, sollen wir die Bataillonszahl erhöhen, ohne Verminderung der Stärke. Weil unsere stärkeren Bataillone den Stamm abgeben auch für neue Kriegsformationen, brauchen wir um so weniger Friedenscadres.

Allerdings giebt die größere Zahl der letzteren Frankreich einen größeren Stamm von Offizieren, aber dies hängt auch nur mit einem sonstigen Mangel in der dortigen Heeresorganisation zusammen. Der Schlußstein der allgemeinen Wehrpflicht ist das Einjährig-Freiwilligen-Institut, die Pflanzschule der Reserve- und Landwehr-Offiziere. Diesen Schlußstein hat weder Frankreich noch Rußland bisher zu finden vermocht. In Rußland hat man den höheren Klassen nur eine mehrmonatliche Dienstzeit zuzumuthen gewagt; in Frankreich erklärte noch jüngst der Kriegsminister das Einjährigen-Institut, welches dort selbst Köche, Kleinhändler und Domestiken umfaßt, für unhaltbar. Deshalb fehlen in jenen Ländern die Reserve- und Landwehr-Offiziere, welche es in Deutschland ermöglichen, Kriegsformationen ohne irgend einen Friedensstamm zu bilden und selbst, wie 1870, Landwehr-Divisionen zu formiren, für welche keinerlei Friedensstamm vorhanden war und welche doch alsbald an den Ehren und Siegen auf den Schlachtfeldern theilnehmen konnten. Würde man eine Geschichte der deutschen Landwehr aus diesem Kriege schreiben, sie würde glänzend widerlegen alle jene Anschuldigungen, die man in den 60er Jahren gegen die Kriegstüchtigkeit der Landwehr erhoben hat, weil sie sich unbequem erwiesen zu den bloßen Demonstrativ-Mobilmachungen der 50er Jahre. Die von der Militärverwaltung, vom Kriegsminister und vom Grafen Moltke nach 1874 noch ausdrücklich anerkannten Momente, die der numerischen Stärke auswärtiger Heere bei uns gegenübertreten, nämlich die Solidität und Schneidigkeit des Kriegsinstruments, die bessere Ausbildung unserer Truppen, die längere Dienstzeit, läßt man heute zurücktreten und stützt sich in den Motiven fast allein auf einen numerischen Vergleich der Kriegsstärke, der nach meiner Ansicht auch nicht zutreffend ist. Denn nach statistischen Ausweisen ist

die Aushebung bei uns in jedem Jahre stärker gewesen, als in Frankreich. — So stellen wir jährlich 89,250 Mann Infanterie ein, während die 1879er Aushebung in Frankreich nur 82,275 Mann Infanterie ergab. Auch der in Motiven angestellte Vergleich, daß wir nur 12 Jahrgänge zur Verfügung hätten, Frankreich aber 14, ist sachlich nicht zutreffend; den 20 Jahren Kriegsdienstpflicht in Frankreich stehen 22 Jahre in Deutschland gegenüber. Denn es ist nicht richtig gehandelt, die Landwehr mit der Territorialarmee und den Landsturm mit der Reserve derselben zu vergleichen. Denn nach dem Landsturmgesetz kann der Landsturm auch in die Landwehr eingestellt werden und sollte dieses Gesetz gerade zum Ausgleich dienen, daß in Frankreich die Territorialarmee bis zum 14. Jahrgang reicht. Noch eine Eigenthümlichkeit verbreitet falsche Vorstellungen über die Kriegsstärke dieser beiden Länder. Die Franzosen rechnen auf dem Papier mehr Mann, als sie wirklich haben, wir rechnen weniger. Bei eintretender Mobilmachung folgen dann die Ueberraschungen, es wachsen, wie 1866 und 1870, bei uns die Formationen aus dem Boden selbst da, wo kaum Jemand vermuthet, daß Mannschaften dafür vorhanden sind. Die französische Taktik in dieser Beziehung erklärt sich sehr leicht aus dem Wunsche, das durch den letzten Krieg niedergedrückte militärische Bewußtsein der Nation zu beleben. In Folge der Neuheit der Organisation macht sie in Frankreich naturgemäß mehr Aufsehen als bei uns, denen diese Einrichtungen in Fleisch und Blut übergegangen sind und die kaum davon sprechen, wenn Jahr für Jahr 150,000 Mann Landwehr zu den gewöhnlichen Uebungen einberufen werden. In Frankreich hat man die Territorialarmee überhaupt erst 1878 zum ersten Male zu einer Uebung herangezogen. Ein großer Theil derselben ist überhaupt noch nicht militärisch ausgebildet und es fehlt derselben die Hälfte der Offiziere. Allerdings hat man seit 1871 sowohl in Frankreich wie in Rußland mehr Mannschaften militärisch ausgebildet, und zwar weil man einsah, daß die bisherige Heeresorganisation nicht der Stärke der Bevölkerung entsprach. Deutschland hatte schon im März 1871 1,350,000 Mann unter den Waffen. Wir wollen auch nicht leugnen, daß wir heute bei demselben Aufgebot eine noch weit stärkere Kriegsarmee haben. Waren doch damals die älteren preußischen Provinzen im Stande, weil ihnen die Organisation eigenthümlich war, über 4 pCt. der Bevölkerung zur Armee zu stellen, während Baiern nur 3 pCt., Staaten wie Sachsen und Mecklenburg kaum 2 pCt. stellten.

Nachdem die starken Aushebungen aber zehn Jahre in ganz Deutschland stattgefunden haben, wird die Kriegsarmee überall 4 Procent, also im Ganzen 1,700,000 Mann betragen, ein Armee, wahrlich stark genug, wie ein alter General im Befreiungskrieg es bezeichnete, um den Teufel aus der Hölle zu jagen. Dabei berücksichtige man, daß nach der Einrichtung der deuxième portion in Frankreich die Hälfte eines heute mobilen Bataillons nur 6—9 Monate gedient hat. Eine große Verstärkung würde die Kriegsarmee noch erhalten durch die beabsichtigte Ausbildung der Ersatzreserve 1. Klasse. Keine andere Armee hat noch diese Einrichtung. Was zur 1. Klasse kommt, entscheidet das Bedürfniß der Militärverwaltung. Jetzt werden 70,000 Mann jährlich der 1. Klasse überwiesen. Die Vorlage entscheidet nicht, ob diese sämmtlich oder im Ganzen nur 190,000 Mann ausgebildet werden sollen. Dies ist der schwerste Theil der Vorlage, nicht wegen der größeren Kosten, sondern der vermehrten wirthschaftlichen Last. Allerdings kann der einzelne Mann sich nicht darüber beklagen, daß ihm mit dieser Ausbildung ein Unrecht geschieht, weil die anderen ja jetzt noch viel länger dienen müssen. Aber die Familie empfindet es doch als eine Mehrbelastung, wenn neben dem Sohn, der bereits bei der Fahne steht, nun noch ein zweiter, wenn auch zu kürzerer Ausbildung, eingezogen wird. Wie die neuen Steuern besonders auf die weniger bemittelten Klassen drücken, so wird die Last dieser neuen Einrichtung insbesondere auch denjenigen Arbeitern schwer fallen, die nach achtwöchentlicher Ausbildung ihre Arbeitsstelle anderweitig besetzt finden. Gerade weil schon 401,000 mehrjährig jetzt unter Waffen stehen, wirkt es wirthschaftlich um so nachtheiliger, wenn auch die Ersatzreserve aufhört ein Stamm zu sein, welcher der Volkswirthschaft im Frieden sicher zur Verfügung steht. Allerdings hat eine ähnliche Einrichtung in Preußen früher bestanden, die der sogenannten Reserve-Rekruten mit sechswöchentlicher Dienstzeit, aber in Verbindung mit der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie.

Die Forderung der Wiedereinführung dieser zweijährigen Dienstzeit müssen wir auch heute wieder erheben. Schon unser Programm von 1861 erklärt, daß für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes uns niemals ein Opfer zu groß sein werde, aber das Interesse nachhaltiger Kriegführung Sparsamkeit im Frieden und deshalb Aufrechterhaltung der Landwehr und zweijährige Dienstzeit mit körperlicher Ausbildung der Jugend erheische. Auch Herr v. Roon erklärte 1862, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit der Reorganisation nicht in Widerspruch stehe. Jetzt wird noch nicht die Hälfte nach dem zweiten Dienstjahr entlassen, die Dienstzeit ist also durchschnittlich eine 2¼jährige. Von 1860 bis 1875 aber ist sie eine kürzere gewesen. Mehr als die Hälfte wurde nach 20 Monaten entlassen, und gerade die 1866 und 1870 kriegserprobten Truppen haben durchschnittlich nur 26–27 Monate gedient. Die Vorlage macht auch den Grund für das dritte Jahr nicht mehr geltend, daß darin erst das soldatische Bewußtsein erzogen werden müsse. Umgekehrt werden im dritten Jahre die Leute gerade überdrüssig und glauben, nichts Neues mehr lernen zu können. Die militärische Ausbildung hat ja auch für den bürgerlichen Beruf durch Gewöhnung an Zucht und Ordnung ihren Werth, aber je länger die Dienstzeit dauert, um so stärker wird die Störung für die Ausbildung zum bürgerlichen Beruf. Die Aussagen von der Eisenzoll-Enquête-Commission enthalten neues interessantes Material über die Schädigung der Volkswirthschaft. Die Arbeiter müssen nach dreijähriger Dienstzeit wieder von vorn anfangen, die manuelle Fertigkeit hat sich fast ganz verloren. Der Vertreter der Krupp'schen Firma führt noch insbesondere aus, wie der Dreijährige mit einer unberechtigt hohen Meinung von sich zurückkehre und nach Jahren erst wieder zur Ordnung zurückzubringen sei. Das anerzogene militärische Selbstbewußtsein nimmt sich eben in bürgerlichen Verhältnissen ganz anders aus. Sie wollen hier durch allerlei Zwangsparagraphen und Zölle der Landwirthschaft helfen, die Lehrlingsfrage lösen und dem Handwerke aufhelfen. Mehr als auf diesem Wege würde bewirkt, wenn das dritte Jahr für die bürgerliche Ausbildung freigegeben würde.

Gewiß muß die militärisch-technische Ausbildung eine vorzügliche sein; aber wie Herr v. Moltke selbst einmal hervorhob, sind nicht blos die Ausbildungszeit, sondern auch das Ausbildungspersonal und die Anstalten mitwirkende Factoren. An die Bildung der Offiziere werden jetzt höhere Anforderungen gestellt, auch die Ausbildung der Unteroffiziere ist besser geworden. Die neuen Kasernen erleichtern die militärische Ausbildung in jeder Beziehung. Der Generalstabsoffizier v. d. Golz — als er die neulich erwähnte Schrift geschrieben hatte, blieb er freilich nicht mehr im Generalstab — kommt nach seinen Erfahrungen bei der Loirearmee zu ähnlichen Schlußfolgerungen in Bezug auf die Ausbildung der Ersatzreserve wie die Vorlage, bemerkt alsdann, die Abkürzung der dreijährigen Dienstzeit ist selbstverständlich in der Voraussetzung besserer Kasernen und Schulanstalten. Die Vorlage stellt zwar 26,000 Mann auf die Beine, aber ohne Offizier, Unteroffizier und Kasernen. Die Offiziere und Unteroffiziere müssen den anderen Truppentheilen entnommen werden, obwohl diese selbst nicht die etatsmäßige Zahl davon besitzen. Ebenso fehlen ohnehin schon jetzt für 60,000 Mann die Kasernen und werden letztere auch erst nach Jahrzehnten hergestellt werden können. Bis dahin müssen also die neuen 26,000 Mann dauernd bei den Bürgern einquartiert werden und entstehen dadurch für die Ausbildung alle jene Schwierigkeiten, welche die Einquartierung mit sich bringt. Bei zweijähriger Dienstzeit würde Raum in den Kasernen und die finanziellen Ersparnisse daraus würden es ermöglichen, im übrigen die Ausbildung der Truppen noch zu verbessern. Staatssecretär Scholz hat es bei der Budgetberathung geleugnet, daß die Steigerung des Militäretats die Hebung des Volksschulwesens verhindere. Aber seitdem 1875 hier der Militäretat um 60 Millionen erhöht wurde, ist die Dotation des Volksschulwesens in Preußen nicht mehr erhöht worden. Das Heer kostet mit seinem auf Preußen fallenden Antheil laufend dreimal so viel wie das gesammte Volksschulwesen und der Antheil Preußens an den Ausgabe-Erhöhungen dieser Vorlage würde hinreichen, die Staatsdotation Preußens für das Volksschulwesen um die Hälfte zu erhöhen.

Geradezu erschrocken sind wir in Preußen, als uns mitgetheilt wurde, daß noch 11,987 Lehrer fehlen, um vacante Stellen zu besetzen und es zu ermöglichen, daß auf keinen Lehrer mehr als 80 Kinder zum unterrichten kommen. 3990 Lehrer haben bei uns jetzt sogar mehr als 120 Schüler, 919 sogar mehr als 200 Schüler zu unterrichten. Wenn die Militärverwaltung einen solchen Unterricht nicht als genügende Vorschule für die spätere militärische Ausbildung erachten kann, sollte sie selbst mehr darauf bedacht sein, die Mittel zur Ausfüllung jener großen Vacanzen übrig zu lassen. — Die Frage der neuen Artillerieformation ist eine mehr technische als militärpolitische. Allerdings hat Frankreich in den Friedensformationen der Feldartillerie — nicht auch der Fußartillerie einen Vorsprung vor uns und die Frage kann sich in der Commission nur darum handeln, ob die Möglichkeit, Reservebatterien zu vermehren, wie dies 1870 geschah, ausreicht, den Mangel an Friedenscadres zu ersetzen. Aber auch hier entsteht die Frage, ob eventuell die Mehrbelastung nicht auszugleichen ist durch Einführung jener Winter-Manquements bei den Specialwaffen, welche 1860—75 bestanden haben. Wir haben mehr Cavallerie als Frankreich und selbst Rußland. Gewiß haben die neueren Kriege die Bedeutung der Cavallerie für die Aufklärung des Terrains und die Verdeckung der eigenen Bewegungen in volles Licht gestellt. Wenn gleich wohl Frankreich trotz seiner Erfahrungen mit unseren Ulanen seine Cavallerie nicht entsprechend vermehrt hat, so ist es geschehen in der Einsicht, daß die Verwendung der Cavallerie in der Schlacht selbst unbeschadet der großen Tapferkeit welche die französischen Kürassiere bei Reichshofen, die Halberstädter Kürassiere bei Mars-la-Tour gezeigt, heute nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher hat. Gewiß ist es richtig, der neueren Entwickelung des Heerwesens neue Formationen folgen zu lassen; aber ebenso nahe läge es alte, nicht mehr zeitgemäße Formationen, wie z. B. die Kürassierregimenter, deren Bedeutung nicht mehr den großen Kosten entspricht, aufzulösen.

Aus alledem folgt, daß diese neue Vorlage nicht eine, sondern mehrere selbstständige Fragen enthält, zu denen man eine ganz verschiedene Stellung einnehmen kann. Die Frage der Cadresvermehrung liegt bei der Artillerie anders wie bei der Infanterie, und selbst die Erhöhung der Präsenzstärke ist nicht bedingt durch die Vermehrung der Cadres. Die einfache Reducirung der Bataillonsstärke auf 526 Mann, wie sie 1860—75 bestanden hat, würde eine Verminderung der Präsenz um 12,000 Mann nach sich ziehen. Die Vorlage findet ihre Präsenzziffer in der Berechnung der Volksvermehrung von 1867—1875. Aber noch 1874 hat man ausgeführt, daß die Feststellung der Präsenz bei vermehrter Volkszahl zu relativer Verminderung der Militärlast führen müsse. Jetzt das entgegengesetzte Prinzip anzunehmen, ist um so bedenklicher, als wir neulich erfahren haben, wie die Regierung Abstand nimmt, den Ertrag der Steuern entsprechend der wachsenden Volkszahl zu erhöhen, da der steuerpflichtige Verbrauch nicht mit der Vermehrung der Volkszahl wächst. Unabhängig von der Frage, wie hoch die Präsenzstärke sein soll, ist die Frage, auf wie lange dieselbe festgesetzt werden soll, ob auf sieben oder weniger Jahre. Zu einer je höheren Ziffer man sich entschließt, um so kürzer muß die Zeit bemessen werden, denn um so mehr hat man Veranlassung, in kurzen Zwischenräumen wiederholt zu prüfen, ob die hohe Militärlast sich noch rechtfertigt. Wir stehen in dieser Frage auf unserem alten Standpunkte. Nachdem die Cadreszahl dauernd festgestellt ist und damit eine feste Grundlage gegeben, muß die Entscheidung, wie stark die Präsenz im feststehenden Rahmen jeweilig sein soll, alljährlich beim Budget erfolgen, wenn überhaupt die Staatsbelastung bemessen wird. Der Standpunkt, die Militärfrage möglichst aus den parlamentarischen Verhandlungen auszuscheiden, mag dem einseitigen Militärtechniker entsprechen; aber im Lande der allgemeinen Wehrpflicht sollte man am wenigsten das Heer außer Beziehung bringen zu der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung. Wir wollen kein Ausnahmerecht, weil wir uns auch der Pflicht bewußt bleiben wollen, die wir gegen das Heer haben. Je höher die Last ist, welche die allgemeine Wehrpflicht auferlegt, um so nothwendiger ist es, daß durch unsere Verhandlungen der Beweis geführt wird von der Nothwendigkeit dieser Last, damit das Bewußtsein hieran im Volke lebendig bleibt und es dieselbe mit jener Freudigkeit trage, welche die allgemeine Wehrpflicht für das Volk erst fruchtbar macht. In keinem Lande der Welt gehören Heer und Volksvertretung mehr zusammen. Ebenso wie die Krone bedarf der deutsche Reichstag einer starken Armee und die Armee eines angesehenen Reichstages, denn die deutsche Armee als eine unter viele Contingentsheere gegliederte erheischt den Zusammenhang mit dem Reichstage als einen einheitlichen Factor. Die deutsche Armee und der deutsche Reichstag sind beide gleichmäßig Grundpfeiler der deutschen Einheit, und je weniger man ihr Verhältniß unter ein Ausnahmerecht stellt, den lebendigen Zusammenhang löst, um so tüchtiger werden sie sich beide erweisen als die Unterlage des nationalen Baues der deutschen Einheit. (Lebhafter Beifall links.)

Nach dem zweistündigen Vortrage des Vorredners verlangt unter allgemeiner Spannung Abg. Graf v. Moltke das Wort: Wer möchte in Abrede stellen, daß ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt; es ist das gegenseitige Mißtrauen, welches die Nationen gegen einander in Waffen hält. Kann dieses Mißtrauen überhaupt beseitigt werden, so wird es immer noch eher geschehen durch Verständigung von Regierung zu Regierung, als wie durch andere Mittel, durch die babylonische Verwirrung von internationaler Verbrüderung, internationalen Parlamenten und was in der Richtung vorgeschlagen wird.

Meine Herren! Alle Nationen bedürfen gleichmäßig des Friedens, und ich möchte behaupten, alle Regierungen werden den Frieden halten, so lange sie stark genug sind, um es zu können. Viele betrachten ja die Regierung wie eine Art feindlicher Macht, die man nicht genug einschränken und beengen kann. Ich meine, man sollte sie in aller Weise stärken und stützen. Eine schwache Regierung ist ein Unglück für jedes Land und eine Gefahr für den Nachbarn. Wir haben alle Kriege ausbrechen sehen, die weder das Staatsoberhaupt, noch das wirkliche Volk gewollt haben, sondern die Parteihäupter, welche sich zu seinen Wortführern aufwerfen, die leicht beeinflußbare Menge und schließlich auch die Regierung nach sich zogen. Annexions- und Revanchegelüste, Mißbehagen über innere Zustände, das Streben, stammverwandte Völkerschaften an sich zu ziehen, die im Laufe der Zeit anderen Staatenbildungen eingefügt sind, dies und vieles Andere kann auch in Zukunft immer wieder neue Verwickelungen hervorrufen, und so fürchte ich allerdings, daß wir noch lange die schwere Rüstung tragen müssen, welche unsere geschichtliche Entwickelung und unsere Weltstellung uns aufnöthigen. Geschichtlich sind wir ja als Reich ein Neuling in der europäischen Staatenfamilie, und den Eindringling betrachtet man immer mit Mißtrauen, so lange wenigstens, bis man ihn besser kennen lernt. Was dann unsere geographische Lage betrifft, — ja, m. H., alle unsere Nachbarn haben mehr oder weniger, ich möchte sagen, Rückenfreiheit; sie haben Pyrenäen und Alpen hinter sich oder halbbarbarische Völkerschaften, die sie nicht zu fürchten brauchen. Wir stehen unter den großen Mächten mitten inne. Unsere Nachbarn im Westen und Osten haben nur nach einer Seite Front zu machen, wir nach allen; sie können und sie haben schon im Frieden einen bedeutenden Theil ihrer Heeresmacht nahe an unseren Grenzen dislocirt, während unsere Regimenter gleichmäßig vertheilt stehen über das ganze Reich. Wir brauchen darin keine feindselige Absicht zu suchen. Wenn unsere Nachbarn wirklich Gefahr von Deutschland besorgen, so haben sie ja von ihrem Standpunkt Recht; aber wir müssen doch mit diesem Verhältniß rechnen.

Dazu kommt nun das stete Anwachsen der Heere um uns. Rußland hat mit gutem Grund schon vor dem Türkenkriege eine erhebliche Erweiterung seiner ohnehin starken Heeresmacht angeordnet und hat diese Organisation nach dem Frieden durchgeführt und beibehalten. Rußland stellt 24 Reserve-Infanterie-Divisionen und 24 Reserve-Artillerie-Brigaden neu auf hat außerdem 152 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone zugeordnet. Die jetzt so aufgeregte russische Presse hat sich damals über diesen Gegenstand sehr schweigsam verhalten, und der ganze Vorgang hat kaum einen Widerhall in der ausländischen Presse gefunden.

Was Frankreich anbelangt, so habe ich allerdings den Artikel in den „Preußischen Jahrbüchern" nicht gelesen. Ich komme auf Grund der Daten, die mir zu Gebote stehen, allerdings zu einem andern Resultat als der Herr Vorredner. Ich werde nur einige wenige Hauptsummen angeben und Sie mit den Details verschonen.

Im Feldzug 1870 trat Frankreich uns entgegen mit 8 Armeecorps, gegenwärtig besitzt es deren 19. Damals hatte es 26 Infanterie-Divisionen, jetzt 38; damals 26 Cavallerie-Brigaden, jetzt 37. Die Stärke der französischen Armee in ihrer ersten Aufstellung betrug 336,000 Mann; gegenwärtig kann Frankreich uns nach den Etatszahlen entgegenstellen 670,000 Mann. Die Territorialarmee ist darin nicht eingerechnet. Ich komme zu dem Resultat, daß Frankreich seit dem Jahre 1874, also in 6 Jahren, seine Armee mehr als verdoppelt hat (Hört! Hört!) und, meine Herren, in dieser selben Zeit oder vielmehr schon seit dem letzten Frieden sind wir ruhig stehen geblieben bei 1 Procent einer antiquirten Volkszählung.

Es kommt sodann in Betracht der hohe Präsenzzustand unserer Nachbarn. Frankreich hält nach meiner Berechnung allerdings, wie der Herr Vorredner ganz richtig bemerkt hat, einschließlich der Gendarmerie, die aber in Frankreich zur Armee zählt, unter den Waffen 497,000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen stärkeren Bevölkerung 401,000 Mann bei den Fahnen hat. Das ist eine Differenz von 100,000 Mann. Die russische Friedenspräsenz beträgt das Doppelte der unsrigen: 800,000 Mann. (Hört!) Für die Kriegsstärke tritt sodann natürlich in Betracht die Zahl der Jahrgänge, welche verfügbar sind, die Dauer der Verpflichtung zum Dienst, und da finden Sie in Frankreich 20 Jahre, in Rußland 15 und bei uns 12. Ja, meine Herren, auf welcher Seite liegt hier eine Drohung, eine Gefährdung des Friedens? Und dabei muthet man uns zu, großmüthig das erste Beispiel der Entwaffnung zu geben! (Sehr gut!) Hat der deutsche Michel überhaupt jemals das Schwert gezogen, als wie sich seiner Haut zu wehren? (Beifall.) Wenn nun unter diesen Umständen die Regierung glaubt, eine mäßige Vermehrung unserer Friedenscadres beantragen zu müssen, können wir uns dagegen verschließen, wenn wir nicht ganz hinter unseren Nachbarn zurückbleiben wollen? Man hat ja nun das Auskunftsmittel der zweijährigen Dienstzeit vorgeschlagen, man verspricht sich davon nationalökonomische und finanzielle Vortheile. Ich weiß nicht recht, wie man sich die Sache denkt. Soll bei der zweijährigen Dienstzeit die jetzige Kopfstärke der Bataillone beibehalten werden, so fällt ja selbstverständlich jede finanzielle Ersparniß weg, im Gegentheil, es würden noch erhebliche Mehrausgaben entstehen für Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der dann sehr viel zahlreicheren Reserven und Wehrmänner. Ein volkswirthschaftlicher Erfolg ist ebensowenig abzusehen, denn offenbar kommt es ganz auf dasselbe hinaus, ob zwei arbeitsfähige Männer drei Jahre lang oder drei arbeitsfähige Männer zwei Jahre lang der productiven Thätigkeit entzogen bleiben.

So wird die Sache also wohl nicht gemeint sein, sondern es scheint, man will einfach einen ganzen Jahrgang streichen, die sämmtlichen Bataillone auf Zweidrittel ihrer Stärke herabsetzen. Ja dann erzielt man allerdings im Präsenzstande eine finanzielle Ersparniß und verschafft den Dienstpflichtigen eine Erleichterung; aber dem gegenüber fällt denn doch auch der militärische Effect der Maßregel in die Wagschale, der, daß quantitativ zwar die Armee unverändert bleibt, qualitativ aber ihr innerer Werth bedeutend herabgesetzt wird. Unsere Armee steht hinter den Armeen unserer Nachbarn zurück in der Zahl. Sie kann es nur ausgleichen und sie gleicht es aus durch ihre innere Tüchtigkeit. (Beifall.) Und daran soll man nicht rühren. Die zweijährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke besonders derer, welche selbst dazu berufen sind, in einer möglichst kurzen Zeitfrist aus einem Recruten einen Soldaten zu machen (Sehr gut!), d. h. einen Mann, der nicht blos Parademarsch übt und auf die Wache zieht, sondern der in gründlicher Kenntniß seiner complicirten Waffe und in vollem Vertrauen auf dieselbe unter den schwierigsten Verhältnissen selbstständig handeln soll, einen Mann, der gelernt hat, zu gehorchen und zu befehlen, denn auch der letzte Musketier wird Vorgesetzter, sobald er auf Posten steht oder eine Patrouille führt. Diese Aufgabe ist so leicht nicht, wie es vielleicht am Schreibtisch aussieht. Es handelt sich dabei nicht blos um die technische, handwerksmäßige Abrichtung des Mannes, damit werden wir allenfalls fertig in den 20 Wochen, die hier für Uebungen der Ersatzreserven vorgeschlagen werden, damit stellen wir ein Material her, welches mit Nutzen in den festen Rahmen der Armee eingereiht werden kann, aber niemals den Kern der Armee bilden kann. Es handelt sich um weit mehr, es handelt sich um die Ausbildung und Festigung moralischer Eigenschaften, um die militärische Erziehung des Jünglings zum Mann. Das läßt sich nicht einexerciren, es will eingelebt und angewöhnt sein.

Ich nehme Ihre Zeit nicht in Anspruch mit Darlegung der großen Nachtheile, welche aus kleinen Cadres für die Ausbildung der Mannschaft und namentlich ihrer Führer erwachsen. Ich gehe nicht ein auf die Schwierigkeiten, die bei sehr schwachen Bataillonen entstehen, bei der plötzlichen Verdreifachung der Mannschaft im Falle der Mobilmachung. Ich will nur beiläufig noch bemerken, daß unsere Nachbarn im Westen, die doch auch ein militärisches Urtheil haben, trotz wiederholter Anforderungen die Dienstzeit in der französischen Armee nicht herabgesetzt haben. Sie halten drei Jahre, die wir ja nicht erreichen, für nicht ausreichend, um einen Soldaten auszubilden. (Hört!) Sie werden jedenfalls zugeben, daß der gegenwärtige Augenblick der ungünstigste für eine so tiefgreifende Maßregel wäre. Man kann es ja aufrichtig beklagen, daß die eiserne Nothwendigkeit dazu zwingt, der deutschen Nation neue Opfer aufzuerlegen, freilich nur durch Opfer und harte Arbeit sind wir überhaupt erst wieder eine Nation geworden (Beifall), und welche größeren Opfer als die hier geforderten eine feindliche Invasion nach sich zieht, das haben die Aeltesten von uns noch selbst erlebt. Schon allein der Credit des Staates beruht auf der Sicherheit desselben. Welche Panik würde an der Börse ausbrechen, wie würden alle Besitzverhältnisse erschüttert werden, wenn die Fortdauer des Reiches auch nur angezweifelt werden könnte. Vergessen wir doch nicht, daß seit dem Verfall der deutschen Kaisermacht Deutschland das Schlachtfeld und das Entschädigungsobject für die Händel aller andern gewesen ist, daß Schweden, Franzosen und Deutsche Deutschland auf mehr als ein Jahrhundert in eine Wüste verwandelt haben. Sind nicht die großen Trümmer am Neckar, am Rhein und tief ins Land hinein bleibende Denkmäler unserer einstigen Schwäche und des Uebermuths unserer Nachbarn? Wer möchte auch nur die Tage zurückrufen, wo auf das Machtgebot eines fremden Herrschers deutsche Contingente gegen Deutschland marschiren mußten. Schützen wir vor Allem die Ehre und Sicherheit des Reiches, wahren wir die langersehnte, die endlich erreichte Einheit der Nation, fahren wir fort, Frieden zu halten, so lange man uns nicht angreift, Frieden zu schützen auch nach außen, soweit unsere Kräfte reichen. Wir werden in diesem Bestreben vielleicht nicht allein stehen, sondern Bundesgenossen finden. Darin liegt für Niemanden eine Drohung wohl aber eine Bürgschaft für friedliche Zustände in unserm Welttheil, vorausgesetzt, daß wir stark und gerüstet sind. Mit schwachen Kräften, mit Armeen auf Kündigung läßt sich das Ziel nicht erreichen. Nur in der eigenen Kraft ruht das Schicksal jeder Nation. (Beifall.) Ich muß die Vorlage der Regierung als eine gerechtfertigte, zeitgemäße und nothwendige anerkennen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Die Worte des Grafen Moltke finden bei uns immer sympathisches Entgegenkommen; wir theilen auch seine Grundanschauung, daß für die Sicherheit der Nation jedes nothwendige Opfer gebracht werden muß. Aber es fragt sich, wie weit die Leistungsfähigkeit der deutschen Nation reicht. Das alte Wort: „Der Müller hat nie Wasser, der Forstmann nie Bäume genug" ist nach den Reden des Kriegsministers und des Grafen Moltke dahin zu erweitern: Der Militär hat nie Soldaten genug. Diejenige Zahl von Soldaten, die wir im Verhältniß zur Bevölkerung haben müssen, damit Deutschland nicht wehrlos sei, haben wir längst. Die deutsche Nation seufzt schon lange unter dem Druck der persönlichen und steuerlichen Lasten, die ihr aus den militärischen Leistungen erwachsen. Eine Erleichterung von diesem Drucke ist uns formell zugesagt worden. Bei Gründung des Deutschen Reiches wurde von allen Seiten die frohe Botschaft verkündigt, daß die preußische Militärlast, die der Minister von Roon selbst als eine übermäßige anerkannte, nunmehr vermindert werden könne, da Süddeutschland einen Theil derselben mittragen werde. Statt dessen wurde die Militärlast in Süddeutschland der preußischen gleichgemacht und demnächst für das ganze Reich noch erhöht. Wir werden daher eine numerische Erhöhung der Kriegsstärke nur dann bewilligen, wenn eine gleichzeitige und gleichwerthige Compensation durch Herabsetzung der Dienstzeit eintritt, so daß die Friedensstärke nicht vermehrt wird. Man hat uns freilich von anderer Seite zu verstehen gegeben, daß wir im Centrum durch einen solchen Ausspruch die Interessen schädigen, an denen wir mit ganzem Herzen hängen. Ich glaube freilich nicht, daß man an maßgebender Stelle ebenso denkt. Wir halten uns aber nicht für berechtigt, unser Parteiinteresse zu verfolgen, wo es sich um das Wohl der Gesammtheit handelt. In gleichem Pflichtbewußtsein bewilligten wir im vorigen Jahre die neuen Steuern, um der wirthschaftlichen Noth des Landes und der finanziellen Calamität abzuhelfen.

Die erwartete Steuererleichterung ist nicht eingetreten; sie konnte es auch bis jetzt nicht, da die Steuern noch nicht lange in Wirksamkeit sind und nicht alles Geforderte bewilligt ist. Aber nachdem wir einmal eine so erhebliche Mehrbelastung des Volkes bewilligt haben, müssen wir auf eine Erleichterung in anderer Hinsicht drängen. Die Ueberschüsse aus den Reichs-Einnahmen reichen nicht einmal aus, das Deficit in den Einzelstaaten zu decken; die Communen haben bisher keine Aussicht auf eine Ueberweisung von Staatsmitteln, obwohl sie bis 700 Procent der Staatssteuern an ihren Steuern erheben müssen. Unser Volkswohlstand bietet den trübsten Anblick; da die Bestände der Vergangenheit, wie der Secretär des Reichs-Schatzamts uns sagte, aufgezehrt sind. Daher bringen die alten Reichssteuern schon nicht mehr die früheren Erträge. Die deutsche Nation bedarf einer moralischen, religiösen und materiellen Stärkung. Dadurch allein auch können wir die unter unseren Füßen wühlende sociale Revolution bekämpfen. Zu meiner Freude ist von einem unmittelbar drohenden Kriege hier von Niemand gesprochen worden; das hieße auch die Friedesverheißungen der Thronrede Lügen strafen. Dagegen hat eine gewisse Kategorie der Presse, die sogar als officiöse gilt, es gewagt, in das Kriegshorn zu stoßen, um damit hier im Reichstag einen Effect zu machen. Der Effect war aber eine tiefe Beunruhigung der ganzen Nation. Der türkische Krieg hat uns gelehrt, daß wir weder von Rußlands Freundschaft, noch von seiner Feindschaft etwas zu erwarten haben. Man kann dort wohl constatiren, wie viel Geld in die Tasche eines Generals wandert, aber nicht, wieviel Soldaten er dafür hält. Darum lege ich auf die statistischen Nachrichten über das russische Heer keinen Werth. Die Stärke und Gefährlichkeit Frankreichs verkenne ich nicht, aber diesem Feinde allein gegenüber ist das Deutsche Reich heute wahrscheinlich noch mächtiger als 1870. Daß wir aber eine an Zahl der russischen und der französischen zusammengenommen gleiche Armee aufstellen sollten, einen solchen Unsinn muthen uns nicht einmal die Motive der Vorlage zu.

Gegenüber der Gefahr eines Coalitionskrieges ist auf unsere Bundesgenossen hinzuweisen. Es war die weiseste politische Handlung des Reichskanzlers, daß er unter Ueberwindung aller, vielleicht berechtigter Eigensuchtsgefühle in Wien ein Abkommen geschlossen hat, dessen Inhalt wir zwar nicht kennen, obwohl wir einen Anspruch darauf hätten, das aber jedenfalls förderlich sein wird, und bei dem es sich nicht fragt, wer der Betrüger und wer der Betrogene ist, sondern die Solidarität der deutschen und der österreichischen Interessen zum Ausdruck gekommen ist. Hinter

dieser Solidarität der Interessen stehen aber über 2 Millionen Bayonette, wir können also mit großer Befriedigung darauf hinsehen. Wo sollen wir aber das Geld zum Kriege hernehmen, wenn wir dem Volkswohlstand immer wieder zur Ader lassen? Ich erkenne das Bedürfniß zu dieser Vermehrung der Ausgaben nicht an. Wenn es uns an Secondelieutenants fehlt, so will ich gern die nöthigen Ausgaben dafür bewilligen; nur suche man sie nicht dadurch heranzuziehen, daß man immer neue Avancements schafft. Die zweijährige Dienstzeit ist in Preußen von 1833 bis 1842 ohne Gefahr durchgeführt worden; namhafte Generäle haben sich für dieselbe erklärt. Wäre aber auch jetzt eine Vermehrung des Präsenzstandes nöthig, warum müssen wir ihn dann gleich auf 7 Jahre bewilligen? Die Präsenzstärke soll sich nach der jedesmaligen Finanzlage und dem Bedürfniß richten. Die Heranziehung der Ersatzreserve zu Uebungen finde ich ganz berechtigt; ich kann es nicht begreifen, daß man sie bis jetzt frei lassen konnte. Ebenso halte ich eine Steuer für die erwerbsfähigen vom Militär gänzlich befreiten Personen für gerecht, wenn nur das richtige Geld- und Zeitmaß für Erhebung derselben gefunden wird. Wenn man aber die Ersatzreserve einzieht, so ist es besser, sie die Uebung auf einmal abmachen zu lassen, als in vier verschiedenen Jahren, da jede Einziehung die Leute aus ihrer Stellung bringt.

Unsere Schulen bedürfen allerdings auch einer Verbesserung zur Unterstützung des Militärwesens, aber nicht durch intellectuelle Superfötation, sondern durch körperliche Erziehung. Ich habe mich immer in der Schweiz gefreut, wenn ich die Schuljugend an freien Nachmittagen exerciren und schießen sah, weil dies nicht nur der Sicherheit des Landes, sondern auch ihrer Gesundheit dient. Endlich meine ich, daß wir unsere Macht geltend machen sollten, um eine allgemeine Abrüstung zu erzwingen. Ein zu diesem Zwecke unternommener Krieg wäre der gerechtfertigste, und dann sage ich, lieber ein Ende mit Schrecken, als Schrecken ohne Ende. Das System des europäischen politischen Gleichgewichts ist leider durch die Nationalitätsdoctrin und die revolutionärste aller Erfindungen, den localisirten! Krieg, verdrängt worden. Der Staatsmann, der die Abrüstung in die Hand nimmt, wird sich den Dank aller Völker erwerben, und sie werden alle zugreifen. Denn bei diesen Rüstungen werden wir es in Europa schließlich nur mit einer großen Armee von Bettlern zu thun haben. Wir werden daher jede Vermehrung der Ausgaben ablehnen unserer eigenen Stärke wegen, denn ein im Frieden ausgeruhtes und in mäßigem Wohlstand gerathenes Volk wird im Kriege stärker sein, als ein im Frieden ausgemergeltes. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen: Im Namen der ganz überwiegenden Mehrzahl meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir die Vorlage nach ihrem wesentlichen Inhalte annehmen. (Beifall rechts.) Ich beantrage die Ueberweisung derselben an eine Commission von 21 Mitgliedern. Die Vorredner haben sich aus politischen und militärisch-technischen Gründen gegen die Vorlage erklärt; der Abg. Reichensperger hat hinzugefügt, das, was zur Sicherung des Landes absolut nothwendig sei, würde er nicht ablehnen, die geforderte Vermehrung der Wehrkraft schiene ihm aber nicht nothwendig. Der Abg. Richter meinte, das Gefühl unserer Sicherheit, gestützt auf die große Wehrkraft Deutschlands, werde immer vorhanden sein und sich nach allen Seiten geltend machen, gleichgiltig, ob die Vorlage abgelehnt oder angenommen werde. Ich bedaure, daß nach meiner Auffassung das Ausland die Ablehnung dieser Vorlage in ganz anderem Lichte betrachten wird. (Sehr richtig! rechts.) Nicht blos würde die Ablehnung der Vorlage, die von der Militärverwaltung und von dem größten Strategen für nothwendig erklärt wird, eine sehr bedenkliche Schwäche der Reichsregierung aufdecken, die für so dringend nothwendige Vorlagen eine Mehrheit im Reichstage nicht finden kann; das Ausland würde nicht mit dem Abg. Richter übereinstimmen, sondern mit dem Abg. Grafen von Moltke, daß angesichts der gesteigerten Heeresleistungen der benachbarten Länder dies das Wenigste ist, was verlangt werden muß. Eine Ablehnung würde nicht blos eine Schwäche der Regierung constatiren, sondern die Neigung der Nachbarstaaten zu kriegerischen Conflicten stärken. Wir lehnen die Verantwortlichkeit von uns ab, die Verhältnisse besser beurtheilen zu können, als die Leitung unserer auswärtigen Politik und unsere vorzügliche Armee-Verwaltung. Zu beiden Behörden ist ein großes Vertrauen im Lande vorhanden, sogar in den Kreisen der beiden Herren, welche die Vorlage bekämpft haben. (Sehr richtig!)

Der Druck der Militärlast ist schon jetzt ein sehr schwerer und wird durch die Vorlage nicht unerheblich vermehrt werden. Aber wir haben heute vom Kriegsminister und vom Grafen Moltke gehört, daß sich die Regierung nur der bitteren Nothwendigkeit fügt. Wir bewilligen die Lasten für die Armee nicht der Regierung, die etwa, wie es in andern Ländern vorgekommen und auch heute noch nicht ganz ausgeschlossen ist, die Armee für ihre Existenz gegen das eigene Land gebraucht, wir bewilligen sie nur für die Sicherheit des Vaterlandes. (Beifall.) Wir haben eine finanzielle Nothlage vor uns, wir suchen sie zu bessern; dadurch wird die Schwierigkeit der Vorlage noch erhöht; aber wenn die Nothwendigkeit vorhanden ist, für Deutschlands Sicherheit neue Lasten zu übernehmen, so tritt die Schwierigkeit der allgemeinen Finanzlage dagegen zurück. Denn es handelt sich dabei um eine dauernde Einrichtung und wir hoffen doch alle, daß die Zustände in unseren Finanzen nur vorübergehende sein werden. Ich möchte mich dabei nochmals an den Abg. Reichensperger wenden. Wenn Sie wegen der schweren Belastung mit 17 Millionen und auch aus anderen Gründen die Vorlage ablehnen, so haben Sie doch im Falle der Annahme der Vorlage dem Lande dadurch einen Dienst geleistet, daß Sie im Vorjahre durch Ihre Stimmen die Bewilligung von 120 Millionen an Schutz- und Finanzzöllen entschieden haben (Unruhe), obwohl einer der Führer der Partei den ganz richtigen Verdacht hatte, daß möglicherweise ein Theil dieser Steuern vom Kriegsministerium würde in Anspruch genommen werden. (Heiterkeit.) Im Gegensatz zu der Vorlage von 1874 verlangt die jetzige die Erhöhung der Friedenspräsenz nicht für ewige Dauer, sondern nur für eine Reihe von Jahren. Die Regierung hat also den damals mit dem Reichstage vereinbarten Standpunkt acceptirt. Der Abg. Richter sieht in diesem Vorgehen einen Widerspruch mit den Rechten des Reichstages, einen Conflict mit dem legitimen Budgetrecht desselben.

Ich wiederhole, was ich über diese Seite der Frage schon 1874 gesagt habe: es handelt sich hier um einen Conflict von Rechten und Aufgaben, auf der einen Seite die militärische Sicherung Deutschlands, dadurch, daß man nicht die Friedenspräsenzziffer und ihre Organisation, also einen wesentlichen Factor für die Kriegstüchtigkeit und Kriegsaufstellung unserer Armee abhängig macht von den schwankenden Entschließungen bei den einzelnen Budgets, auf der anderen Seite steht das formelle Budgetrecht. Da sage ich: Die Wichtigkeit des ersteren ist bedeutend größer als das letztere und deshalb bin ich als Volksvertreter berechtigt, mein Budgetrecht hier im Reichstage zu beschränken und aus überwiegend politisch-militärischen Gründen auf die jährliche Feststellung der Friedenspräsenzziffer beim Budget zu verzichten. Wenn der Reichstag dies damals im Jahre 1874 für nothwendig befunden hat, so behaupte ich ohne Besorgniß eines Widerspruches, daß die Zuständes des Reiches leider jetzt noch so viel weniger consolidirt sind, daß eine jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke heute geradezu gefährlich wäre. Nach den Vorgängen der letzten Jahre haben sich die Parteiverhältnisse hier im Reichstage verschoben; die Gefahr, daß von Fall zu Fall in wichtigen Fragen sich zufällige Mehrheiten bilden, daß möglicherweise politische Compensationsforderungen entstehen, die auch die wichtigsten und bedeutendsten Interessen der Nation in ihre Combination hineinziehen, ist jetzt größer als früher. Mehr will ich nicht sagen, aber das scheint mir unbestreitbar, daß, wenn wir 1874 das Budgetrecht in seiner formellen Reinheit bezüglich der Friedenspräsenzstärke nicht aufrecht erhalten zu können glaubten, dies heute noch in viel höherem Maße der Fall ist, und Niemand weiß, ob in den nächsten Jahren schon die Zustände mehr consolidirt sein werden.

Man hat auf die politische Lage Deutschlands hingewiesen. Gewiß wird niemand behaupten können, daß dieselbe heute günstiger geworden sei als 1874. Der Abg. v. Moltke hat bereits darauf hingewiesen, in welchem Maße die französischen Heereseinrichtungen vermehrt und verbessert worden sind; und doch haben wir es erlebt, daß schon bei der Hälfte der jetzigen Ziffer, nachdem die französische Armee gefangen, gefallen und eingeschlossen war, obgleich der erste Stratege unserer Zeit die deutschen Heere führte, die Franzosen doch noch 8 Monate lang einen für uns gar nicht ungefährlichen Widerstand haben leisten können. Die natürliche militärische Befähigung des französischen Volkes ist so groß, daß ein Krieg mit dieser Nation, abgesehen davon, daß jeder Krieg ein Unglück ist, unter allen Umständen ein gefährliches Unternehmen für jeden Nachbar Frankreichs sein wird. Wie viel ernsthafter wird also der Kampf werden, nachdem jetzt die französische Wehrkraft so erheblich verstärkt worden ist. Und gegen wen rüstet Frankreich eigentlich? Ist es jemals seit Jahrhunderten von irgend einem Nachbar, insbesondere von Deutschland angegriffen worden? Sind nicht alle Kriege, bei dem Frankreich betheiligt war, seit mehreren Jahrhunderten wesentlich von Frankreich provocirt worden? Ist Deutschland jemals der Angreifer gewesen? Welchen andern Zweck können also jene französischen Rüstungen haben, als unter Umständen die verstärkten Armeen gegen uns zu führen? Es ist vielfach behauptet worden — und namentlich in Frankreich ist es ein beliebtes Thema — daß unser Verhältniß zu Frankreich ein friedlicheres geworden wäre, wenn wir 1870 unsere alten Provinzen nicht wieder zurückgefordert hätten. Eine thörichtere Illusion kann ich mir gar nicht denken. (Sehr wahr!) Wenn Frankreich in der Lage wäre, stets einen großen Krieg zu führen, ohne einen Verlust an Land, auch nicht an altem deutschen Stammlande zu erleiden, wenn wir schwach genug gewesen wären im Jahre 1871 wie 1815, das Geschrei nach Revanche für Paris und Sedan, nach der Rheingrenze würde noch viel stärker gewesen sein.

Die Kriegsgefahr würde noch viel größer sein, denn die Franzosen hätten den Krieg führen können mit den nicht unbeträchtlichen Hilfskräften Elsaß-Lothringens und mit einer für uns viel gefährlicheren Angriffsfront. Seit 1874 sind die Verhältnisse in Frankreich für uns jedenfalls nicht günstiger geworden. Damals konnte man noch zweifelhaft sein, ob das Experiment der republikanischen Verfassung glücken werde. Bei den verschiedenen Regierungsverhältnissen in Frankreich ist die Gefahr keinesfalls gering, daß eine unter einem starken populären Drucke stehende Regierung alle inneren Schwierigkeiten nach außen wirft. Die Regierungen in Frankreich sind nicht unter allen Umständen so stark, daß sie chauvinistischen und Revanchegelüsten unter allen Umständen entgegentreten, namentlich wenn ihre Existenz mit einem solchen Kriege zusammenhängen. Frankreich gegenüber ist die Situation bedenklicher geworden, daß diese maßvolle Vermehrung unseres Heeres schon allein Frankreich gegenüber sehr wohl verantwortet werden kann. Nach den vom Grafen Moltke mitgetheilten Zahlen steht fest, daß wir den Zahlen nach Frankreich noch nicht gewachsen sein würden und nur die große Intensität der Kraftentwickelung, in der Organisation und Leitung der Armee giebt uns die Sicherheit, daß wir auch mit geringerer Zahl das Wagniß unternehmen können. Wir hatten damals das Glück im französischen Kriege, daß wir unsere ganzen Kräfte gegen Frankreich verwenden konnten, wir brauchten kaum eine Besetzung der Grenzen im Osten. Ob wir unter allen Umständen wieder in derselben Lage sein werden? Wer wird wagen, das zu behaupten! Die friedlichste Gesinnung des jetzigen Herrschers in Rußland sichert uns nicht vollständig bei den Zuständen in diesem Reiche.

Der Abg. Richter hat von den nihilistischen Bestrebungen dort gesprochen. Diese Bestrebungen und Verschwörungen, die allerdings das entsetzlichste Beispiel des schwärzesten Undankes und verbrecherischer Brutalität liefern gegen einen Herrscher, der edel denkend und gerecht als Befreier von Millionen seiner Unterthanen aus der Leibeigenschaft dasteht, wie es kaum etwas Aehnliches in der Geschichte giebt. (Sehr wahr!) Die Nihilisten werden zu einer wesentlichen Action — mag auch ihr Einfluß wachsen — niemals geeignet scheinen, aber wenn wir unbefangen die Zustände in unseren Nachbarländern prüfen, so können wir uns dem nicht verschließen, so unangenehm es uns auch sein mag: in sehr einflußreichen Kreisen Rußlands ist zum Schaden der eigenen inneren russischen Verwaltung die Antipathie gegen das Deutschthum erschreckend gewachsen. Die panslavistische Bewegung hat Dimensionen angenommen und erstreckt sich in Kreise hinein, in welche sie früher nicht reichte, daß eine sehr große Gefahr für das übrige Europa und speciell für uns entstehen kann. Wer kann sagen, daß zu jeder Zeit eine russische Regierung stark genug ist, um dem noch weiteren Anwachsen der panslavistischen Ideen Widerstand zu leisten, wenn sie für ihre panslavistischen Interessen einen Angriffskrieg auf das übrige Europa fordern. Wenn nun die politischen Verhältnisse seit 1874 sicher nicht günstiger geworden sind, so ist allerdings ein Lichtblick vorhanden, das ist unser Verhältniß zu Oesterreich-Ungarn. Die diplomatisch-politische Action des Kanzlers im vorigen Jahre — man kann ja davon sprechen, wenn auch der Text der Vereinbarung nicht hinlänglich bekannt ist — welche das Bündniß mit Oesterreich herbeigeführt hat, hat in die Geschichte seiner politischen Thätigkeit eines der unverwelklichsten Lorbeerblätter geflochten. (Lebhafter Beifall.)

Hier zum ersten Male hat der Kanzler, der bei der Erfüllung und Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche er an Preußen und Deutschland gestellt hat, fast bei jedem Schritt auf starken Widerstand großer Kreise, großer Interessen, ganzer politischer und kirchenpolitischer Parteien gestoßen ist, hier zum ersten Male hat er eine politisch-diplomatische Action durchgeführt, wo alle Interessen, alle Parteien, ich kann sagen, ganz Deutschland ihm freudig zustimmen. (Beifall.) Leicht war diese Aufgabe gewiß nicht, und das, was für uns Deutsche das Erfreulichste sein muß, ist die große Unbefangenheit, die Selbstverleugnung, die Einsicht der beiderseitigen Interessen, welche die österreichische Regierung bei diesen Verhandlungen gezeigt hat. (Beifall.) Leicht war für Oesterreich der Schritt nicht nach dem Kriege von 1866, durch welchen es aus dem Verhältnisse mit Deutschland gelöst wurde, mit diesem neu eingerichteten Deutschland in ein solches Bundesverhältniß zu treten. Wenn die richtige Würdigung der Interessen in beiden Reichen zu dieser Verbindung geführt hat, so behaupte ich nicht zu viel, wenn ich hier ausspreche, daß wir Alle wünschen, daß diese Verbindung von Jahr zu Jahr erstarke und ihre Folgen auch zeigen möge auf dem wirthschaftlich-politischen Gebiete, wo sie bisher leider noch nicht eingetreten sind. Ich wiederhole, mit dem Wesentlichen der Vorlage sind wir einverstanden, wir lehnen die Verantwortlichkeit ab, gegenüber der politischen und militärischen Leitung in Deutschland, welche diese Vermehrung für nothwendig hält. Die überwiegende Zahl meiner politischen Freunde wird dafür stimmen, und ich hoffe im politischen Interesse Deutschlands, nicht blos wegen dieser Vorlage, daß sich eine sehr ansehnliche Mehrheit in Deutschland finden wird, die in gleicher Weise verfahren wird. (Beifall.)

Abg. von Bühler (Oehringen) spricht sich gegen die Vorlage aus; er plaidirt für die Einsetzung internationaler Schiedsgerichte, um bei Streitigkeiten zweier Nationen die blutigen und kostbaren Kriege zu vermeiden. Redner weist darauf hin, was man auf diesem Gebiete durch internationale Conventionen schon geleistet habe: Neutralisirung der Schweiz und Belgiens, Entscheidung der Alabamafrage. Die einzelnen Ausführungen des Redners sind wegen der großen im Hause herrschenden Unruhe nicht verständlich.

Abg. v. Treitschke: Den erschöpfenden und eindringlichen Ausführungen der Herren Graf Moltke und Bennigsen habe ich nur wenig hinzuzufügen. Der Abg. Richter hat vorhin mich, den Historiker der preuß. Jahrbücher, wie meine Nachbarn mir versichern, als den Verfasser des Artikels der preuß. Jahrbücher bezeichnet, dessen Angaben durch den Grafen Moltke im Ganzen und Großen eine so glänzende Bestätigung gefunden haben. Es wäre mir sehr schmeichelhaft, wenn ich diesen Artikel geschrieben hätte, aber ich versichere dem Abg. Richter, daß ich seit 18 Jahren politisch nicht eine Silbe anonym geschrieben habe, was der Abg. Richter wohl von sich nicht behaupten kann. (Heiterkeit.) Wenn das Schicksal Herrn v. Bühler und mir wider Erwarten erlauben sollte, nach 100 Jahren uns auf einer einsamen Insel der Südsee unter Palmen wiederzufinden, dann könnten wir zusammen eine Friedenspfeife rauchen und über die Probleme der allgemeinen Friedensseligkeit der Erde mit einiger Aussicht auf Verständigung weiter sprechen. Jetzt stehen wir aber noch im Jahre 1880 und auf dem Boden unseres von mächtigen Nachbarn rings umgebenen Vaterlandes. Der Vorredner suchte unsere harten deutschen Herzen im Tone eines wohlwollenden Seelsorgers zu erweichen und uns vorzustellen, was für blutgierige cannibalische Naturen wir seien, den Welttheil beständig in kriegerischer Aufregung zu erhalten.

Wir Deutschen tragen allerdings die Schuld daran, daß heute der Welttheil von Waffen starrt, weil wir, Dank Scharnhorst und seinen Freunden, jenes Heerwesen geschaffen haben, das, nachdem es einmal seine Kraft zeigte, von allen Nationen angenommen werden mußte. Diese Umgestaltung der Völker in geordnete Heere, dieses nothwendige und culturfördernde Werk des 19. Jahrhunderts geht heute seinen Gang, und ich will nur wünschen, daß unsere Nachbarn mit der Zeit auch als nothwendige Folge dieser Heeresorganisation sich die Gesinnung eines Volkes in Waffen aneignen. Jene friedfertige Gesinnung, die aus einem wörtlich nationalen Heerwesen hervorgeht, wird dereinst eintreten. Wir sind ferner Schuld an der Beunruhigung des Welttheils, weil wir uns unterstanden haben, endlich wieder eine Nation zu sein und zurückzufordern, was in Tagen der Schwäche uns von fremder Uebermacht geraubt wurde. (Beifall.) Die Zeit des bewaffneten Friedens wird erst dann enden, wenn die fremden Mächte sich daran gewöhnt haben, die Grundlage der heutigen europäischen Staaten-Gesellschaft, wie sie das Jahr 1870 geschaffen hat, als fest dauernd und wohlgesichert zu betrachten, wenn sie gelernt haben, mit Deutschlands Stärke zu rechnen, wie sie in früheren Jahrhunderten auf unsere Ohnmacht rechneten. (Beifall rechts.) Wenn die fremden Nationen in unserem friedlichen Verhalten erkennen, daß der Streit der Parteien in Deutschland aufhört, sobald es die Wahrung unserer Macht und unserer Grenzen gilt, dann kann die jetzige Krisis des Welttheils unblutig verlaufen. Wir können aber auch — Gott sei davor, daß es sich bestätige — gezwungen werden, unseren Nachbarn mit den Waffen zu beweisen, daß keine europäische Macht mehr stark genug ist, dieses neue Gleichgewicht Europas gänzlich zu vernichten. Wie der Weg des Schicksals gehen wird, weiß ich nicht, aber wir werden das Ausland am leichtesten zu friedlichen Gesinnungen nöthigen, wenn wir in solchen Fragen unserer Macht alle Parteigegensätze, die uns im Innern zersplittern, gänzlich zurückstellen. (Beifall.)

Ich gehöre nicht zu den Eingeweihten und muß mich mit der Hervorhebung einiger allbekannter Thatsachen begnügen. Der Reichskanzler würde mit wenigen Worten besser als Viele von uns mit langen Reden ein Schlaglicht auf die Situation werfen können. Sein großes Verdienst ist es, daß die schwerste, dunkelste aller europäischen Fragen, die Katastrophe des osmanischen Reichs, sich bisher ohne einen europäischen Krieg abgewickelt hat, was vor 20 Jahren noch kein Mensch für möglich gehalten hätte. Ein Staatsmann, der einen so schlagenden Beweis dafür geliefert hat, daß seine Gesinnung die des friedfertigsten aller Völker, des deutschen ist, verdient wohl, daß wir vertrauen, er werde neue Rüstungen nur dann vorschlagen, wenn er von der Nothwendigkeit überzeugt ist. Die Thatsachen, die ihn dazu geführt haben, liegen vor aller Augen; nämlich, daß die beiden Nachbarstaaten, welche nach ihrer Lage vor jedem Angriff am gesichertsten sind, fort und fort ihre Heeresstärke vermehren, daß an der Seine wie an der Newa — ich will den gelindesten Ausdruck gebrauchen — Parteien bestehen, die Todeshaß gegen Deutschland im Herzen hegen, und endlich, daß in beiden Staaten die Kämpfe der Parteien schlechterdings unberechenbar sind. Wer von Ihnen kann sagen, welche Partei heute über's Jahr in Petersburg und in Paris regiert, darum gilt hier die einfache Regel, die keinen unserer Nachbarn verletzen kann, daß wir im Frieden unser gutes Schwert zu schleifen haben. Ich will die Frage nicht erörtern, ob wir unsere Mannschaften, wenn die heilsame Hoffnung auf Verkürzung des dritten Jahres fehlt, noch weit genug bringen können in ihrer technischen Ausbildung, ob die Friedensbataillone bei einer zweijährigen Dienstzeit, wenn sie zur Hälfte aus Recruten bestehen, Uebungen anstellen können, die etwas mehr sind, als Schein- und Spiegelfechtereien.

Gegenüber den akademischen Betrachtungen des Abg. Richter verweise ich auf die Verfassung. Vorläufig ist die 3jährige Dienstzeit in Deutschland Rechtens und da man auf den Bänken des Bundesraths, wie mir scheint, gar keine Neigung zu einer Verfassungsänderung hat, so sind alle Ausführungen dieser Art vorläufig in den Wind gesprochen. Ich habe 1874 das eiserne Militärbudget vertheidigt, ich wollte den Bestand des Heeres gesetzlich feststellen und es nur verändern, wenn das vom Reichstage oder Bundesrathe außerordentlich verlangt würde. Ich erkenne jetzt das von der Majorität angenommene System des Septennats an, verlange dasselbe aber von jenen, denen auch das Septennat zu hart war. Eine häufige Wiederholung der heutigen Debatten würde auf das Ausland nicht beruhigend wirken und feste stetige Ordnung unseres Heeres kann ohne die Feststellung seiner Präsenzstärke auf eine längere Reihe von Jahren nicht erreicht werden. Die Vermehrung der Linienarmee, welche die Vorlage vorschlägt, will doch nur das Heer in den gleichen Procentsatz zur Bevölkerung bringen, wie es 1874 stand. Fünf Jahre hindurch ist seitdem dieser Procentsatz immer gesunken, das kann aber angesichts der steigenden Militärmacht unserer Nachbarn nicht so weiter gehen. Ferner will der Kriegsminister — und dafür sage ich ihm meinen Dank — unsere Streitkräfte für den Kriegsfall wesentlich, in etwa 3 Jahren um 200,000 Mann durch eine Maßregel vermehren, die finanziell und wirthschaftlich verhältnißmäßig sehr geringe Opfer fordert. Wenn unsere Ersatzreserve auf 20 Wochen im Jahre einmal durchschnittlich zu Uebungen berufen wird, so erfüllen wir damit nur eine Pflicht der Gerechtigkeit und ich kann gar nicht begreifen, wie die Herren von der Fortschrittspartei, die immer mit solcher Emphase von Rechtsgleichheit zu reden pflegen, diesen in der Vorlage enthaltenen demokratischen Gedanken gar nicht erkannt haben. (Sehr richtig!)

Es ist eine gehässige Ausnahme vom gemeinen Recht, wenn 38,000 Mann kriegstüchtiger unentbehrlicher Mannschaften im Jahre thatsächlich ihrer Waffenpflicht entbunden werden. Die Vorlage rechnet mit sehr niedrigen Ziffern, sie faßt den Begriff der Tauglichkeit offenbar sehr eng. Nach meiner Kenntniß des bürgerlichen Lebens ist die Zahl der vollständig zum Kriegsdienst Tauglichen bis auf kleine körperliche Unschönheiten viel größer als 38,000 pro Jahr. Wir sind von dem Ideale der allgemeinen Wehrpflicht noch sehr weit entfernt, aber die Vorlage macht maßvoll und in einer das Volk nicht allzu drückenden Weise einen Schritt vorwärts nach dem Ideal. Dasselbe gilt schließlich von der dritten Maßregel, die spätere Entlassung der im Herbst eingetretenen Reservisten und Landwehrmänner. Hierdurch werden diese Mannschaften in gerechter Weise den im Sommer eingetretenen gleichgestellt und im Fall eines Winterfeldzuges wird dadurch das Heer doch erheblich verstärkt werden. In jeder Hinsicht kann ich dem Grundgedanken der Vorlage zustimmen und wünsche nach der Commissionsberathung eine möglichst einstimmige Annahme derselben, damit das mißtrauisch und gespannt auf uns blickende Ausland wisse, daß wir in Fragen unserer nationalen Macht keine tiefgehenden Parteispaltungen kennen. In Frankreich kämpften 1875 die Parteien über tausend mal ernstere Fragen als wir, über die Grundlagen der Verfassung, ob Republik oder Monarchie, und trotzdem beschlossen ohne irgend welche Gefahr vom Auslande die Parteien einstimmig die Vermehrung des Heeres nahezu um das Doppelte. Diesen Patriotismus müssen wir bei unseren Nachbarn anerkennen, aber auch der deutsche Reichstag möge wie vor 6 Jahren zeigen, daß er wie die Nation zu unserem glorreichen Heere steht, welches die Deutschen lieben und auf dessen Thaten sie stolz sind, weil es uns aus tausendjähriger Zerrissenheit wieder zum Volksthum emporgehoben hat. Im Jahre 1874 haben die Abgeordneten, welche gegen das Septennat stimmten, die gegen sie anstürmende Volksbewegung in ihrer Bedeutung herabzusetzen versucht, obwohl sie sonst stets begeistert von der allein wahrhaften Meinung des souveränen Volks zu sprechen pflegen. Die nachfolgenden Wahlen bewiesen, daß die Majorität des Volkes hinter denen stand, die die Stärke unseres Heeres beschlossen hatten. Dieselbe Stimmung herrscht auch heute noch im Volke. Die Nation erwartet von uns, daß wir dafür sorgen, Deutschlands Schwert scharf zu erhalten. Wir bedrohen Niemanden, aber unsere Nachbarn sollen wissen, daß, wenn sie die Grundpfeiler des neuen europäischen Gleichgewichts anzutasten wagen sollten, sie es mit einem waffengewohnten, starken und einigen Volke zu thun haben. (Beifall.)

Abg. Richter (Hagen) bemerkt persönlich, daß er erklärt habe, vom Standpunkte der allgemeinen Gleichheit und Gerechtigkeit ließe sich nichts gegen eine Ausbildung der Ersatzreserve einwenden; übrigens habe er nicht von „dem Historiker", sondern von „den Historikern" der Preußischen Jahrbücher gesprochen. Nicht Kriegsformationen habe er verglichen oder die Friedenspräsenz Frankreichs von 1871 und jetzt (darin habe auch Graf v. Moltke ihn mißverstanden), sondern er habe es als eine Erfindung der Preußischen Jahrbücher bezeichnet, daß Frankreich seit dem Cadresgesetz von 1875 seine Friedenspräsenz um 144,000 Mann erhöht habe. Redner habe angeführt, daß Graf Moltke selbst 1874 die französische Friedensstärke mit 471,000 Mann angab, während sie heute 497,000 Mann betrage. Diese Zahl habe Graf Moltke für richtig erklärt und beide Zahlen bestätigen, daß nicht der Artikel der „Jahrbücher" glänzend gerechtfertigt ist, sondern bei diesem Punkt auf purer Erfindung beruht.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung: Dinstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der abgebrochenen Debatte; Etat.)

* In unserem Berichte über die Sitzung vom 27. Februar heißt es in der Rede des Abg. Rickert gegen den Schluß: „Das Reich kann hier nicht mit seiner Garantie eintreten, da sich ja selbst gegen das Godefroy'sche Project die deutschen Finanzminister erklärt haben. Mit solchen Projecten erschüttert man die Grundlagen einer soliden Finanzpolitik und ladet den starken Schultern des Staates eine Last auf, unter der er in Stunden der Gefahr zusammenbricht." — Der Redner machte gegen die auf Zwang beruhenden Altersversorgungskassen geltend, daß hinter dem Zwang eine Reichsgarantie für die Leistungsfähigkeit dieser Kassen stehen müsse, und fuhr dann fort: „Ohne diese Reichsgarantie ist der Zwang unausführbar, und da will ich einmal sehen, ob die verbündeten Regierungen und namentlich ihre Finanzminister leichten Herzens in ein solches Unternehmen hineingehen werden. Ich hoffe, sie werden Bedenken tragen; ich hoffe das um so mehr, als wie man sagt, selbst das Postsparkassenunternehmen an den finanziellen Bedenken der Finanzminister der Einzelstaaten „scheitern soll."

⚭ Breslau, 2. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,70 bis 21,30—22,20 Mark, gelber 19,70—20,90 bis 21,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 16,70 bis 17,20 bis 17,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,80 Mark, weiße 17,00 bis 17,40 Mark.

Hafer höher gehalten, pr. 100 Kilogr. 14,20—15,00 bis 15,40 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 14,60—15,00—15,60 Mark.

Erbsen schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 18,50 — 19,60 bis 20,20 Mark, Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 20,50—23,50 – 23,00 M.

Lupinen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mark, blaue 7,10—8,00—8,30 Mark.

Wicken unverändert, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein unverändert.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	25	21	75
Winterrübsen	22	50	21	50	21	—
Sommerrübsen	23	—	22	—	20	50
Leindotter	22	—	21	50	20	75

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 35—44—46—50 Mark, weißer preishaltend, 44—53—62—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 19,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 1. März 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,85 bz
Consolidirte Anleihe	4½	106,10 bz
do. do. 1876	4	99,80 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 bz
Staats-Schuldscheine	3½	95,25 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,80 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,90 bz
Pommersche	3½	90,40 B
do.	4	100,30 G
do	4½	103,20 bz
do. Lndch. Crd.	4½	102,40 G
Posensche neue	4	99,25 G
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	100,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100,20 bz
Pommersche	4	100,20 bz
Posensche	4	99,70 G
Preussische	4	99,70 G
Westfäl. u. Rhein.	4	100,50 G
Sächsische	4	100,30 bz
Schlesische	4	100,10 bz
Badische Präm.-Anl.	4	137,80 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	Ziehung.
do. Anl. v. 1875	4	99,25 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	134,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	76,50 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	104,50 bzG
do. do.	5	104,50 bzG
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,10 bz
do. do. do.	5	103,10 bz
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,75 bzG
Unkündb. do. (1872)	5	105,00 bz
do. rückzb. à 110	5	113,00 G
do. do. do.	4½	106,50 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	106,75 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Antb. Nord. G-C-B	5	100,25 bz
do. do. Pfandbr.	5	99,20 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	106,25 G
do. do. II. Em.	5	103,25 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	121,60 bzB
do. do. II. Em.	5	119,90 bzB
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	107,10 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	102,70 bzB
Meininger Präm.-Pfdb.	4	124,50 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	102,25 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,50 G
do. do.	4½	103,60 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,60 B
do. do.	4½	102,25 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	61,75 bzG
do. (1./4. 1./10.)		61,75 bz
do. Goldrente	4	72,75 bzB
do. Papierrente	4⅕	60,60 etbzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	115,40 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	124,60 bz
do. Credit-Loose	fr.	340,10 bz
do. 64er Loose	fr.	Ziehung.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	151,10 bz
do. do. 1866	5	150,10 bzexcl.
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,90 bz
do. II. do. v. 1878	5	60,00 bz
do. III. do. v. 1879	5	59,90 bz
do. Anleihe 1877	5	87,90-88,00bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,25 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	77,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	65,60-70 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,10 etbzB
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,50 bz
do. 5% Anleihe	5	101,50 G
Ital. 5% Anleihe	5	81,80 etbz
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	92,00 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	10,70 bz
Ungar. Goldrente	6	87,10 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	211,00 B
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	85,30 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose —		
Finnische 10 Thlr.-Loose 50,75 bz		
Türken-Loose 32,00 bzG		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	103,20 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	91,25 bz
do. do. VI.	4½	103,60 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,00 bz
Berlin-Görlitz	5	102,60 bz
do.	4½	101,20 bz
do. Lit. C.	4½	101,20 bz
Bresl.-Freib. Lit. DE. F.	4½	103,00 G
do. do. G.	4½	103,00 G
do. do. H.	4½	102,70 bzG
do. do. J.	4½	102,70 bzG
do. do. K.	4½	102,70 bzG
do. von 1876	5	106,00 bzG
Breslau-Warschauer	5	102,70 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,25 G
do. Lit. B.	4½	101,30 bzG
do. IV.	4	99,00 bz
do. V.	4	99,00 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	4½	— —
Niederschles.-Märk. I.	4	— —
do. do. II.	4	— —
do. Obl. I. u. II.	4	99,75 B
do. Obl. III.	4	99,00 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	99,40 B
do. E.	3½	91,50 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	103,10 G
do. H.	4½	103,50 bz
do. von 1879	4½	103,90 G
do. von 1873	4	99,25 G
do. von 1874	4½	103,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	103,25 bz
do. Stargard-Posen	4	99,50 B
do. do. II. Em.	4½	102,75 G
do. do. III. Em.	4½	102,75 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,40 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,50 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	92,50 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	84,00 G
Charkow-Kremen. gar.	5	89,00 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	84,00 bz
Rjäsan-Koslow gar.	5	98,60 bz
Dux-Bodenbach	5	85,00 bzG
do. II. Em.	5	82,75 bzG
Prag-Dux	fr.	49,10 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	91,30 bz
do. do. neue	5	88,30 etbzG
Kaschau-Oderberg	5	74,60 bzG
Ung. Nordostbahn	5	72,50 bzG
Ung. Ostbahn	5	68,10 bz
Lemberg-Czernowitz	5	76,00 bzG
do. do. II.	5	78,50 G
do. do. III.	5	73,60 bzG
do. do. IV.	5	71,80 bzG
Mährische Grenzbahn	5	62,00 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	39,25 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	80,00 bzG
Oesterr.-Französische	3	379,00 bzB
do. do. II.	3	368,75 B
do. südl. Staatsbahn	3	262,75 bz
do. neue	3	263,25 bzG
do. Obligationen	5	93,40 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	97,00 bz
Warschau-Wien II.	5	101,80 G
do. III.	5	100,75 G
do. IV.	5	98,00 bzG
do. V.	5	98,00 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,70 bz
do. do.	2 M.	3	169,10 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	5	81,30 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	212,80 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	214,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,60 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 174,75 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe Ziehung.
Oldenburger Loose 156,90 G

Ducaten — —	Dollar 4,19 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 172,50 bz
Napoleon 16,23 G	do. Silberg. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 214,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	—	4	35,50 bzG
Berg-Märkische	4	—	4	110,60 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	109,50 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	16,25 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	26,40 bz
Berlin-Hamburg	10½	—	4	193,50 bz
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,60 bzB
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	115,00 bzB
Böhm. Westbahn	5¾	—	5	96,75 bz
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	107,10 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	147,40 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	73,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	112,80 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	24,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	fr.	— —
Kaschau-Oderberg	4	4	5	54,00 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	66,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	201,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	31,00 bz
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	147,40 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	106,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,60 G
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	185,20 bz
do. B.	8½	—	3½	152,75 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	474,50-3,50
Oest. Nordwestb.	4	—	5	293,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	154,3,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	60,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	144,50 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	55,75 bz
Rheinische	7	7	4	158,40 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,00 bzB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,20 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	49,90 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	19,70 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,75 G
Thüringer Lit. A.	8	—	4	158,00 bzG
Warschau-Wien	9,165	—	4	247,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	41,25 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	73,10 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	42,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	85,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	40,50 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	100,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	4½	3½	3½	88,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	121,60 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	100,75 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	74,75 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	142,40 bz
Rumänier	8	8	8	109,25 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	45,25 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	35,75 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	73,50 B
Berl. Kassen-Ver.	8⁹⁄₁₀	8⁹⁄₁₀	4	175,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	109,75 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4⅛	4	76,00 bzG
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,25 G
Bresl. Disc.-Bank	3	6½	4	97,90 bz
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	102,25 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	92,00 bzB
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	5	4	168,10 G
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	155,00 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	5⅙	4	107,00 B
Deutsche Bank	6½	—	4	148,50 bzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	156,00 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	192,75 bz
do. ult.	6½	—	4	193,40-2,00
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	113,10 bzG
do. junge	5½	7	4	110,75 bz
Goth. Grundcredb.	6	—	4	95,75 bzB
do. junge	6	—	4	93,00 bzG
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5½	4½	4	102,60 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	5	4	97,75 G
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	10	4	152,00 bzG
Luxemburg. Bank	7½	—	4	142,50 bzB
Magdeburger do.	6³⁄₁₀	5⅕	4	114,00 B
Meininger do.	2½	—	4	101,50 bzB
Nordd. Bank	8⅘	10	4	165,60 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	64,50 bz
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	88,40 B
Oest. Cred.-Actien	6¾	—	4	536,00-36
Posener Pro.-Bank	4	—	4	112,75 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	94,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	128,70 bzG
Sächs. Bank	5¾	6	4	119,00 bzG
Schl. Bank-Verein	5	6	4	111,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	41,50 G
Wiener Unionsbk.	5	—	4	215,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	48,00 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	201,00 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	11,10 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	—
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	44,00 G
Nordd. Gummifab.	4	1½	4	48,00 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	89,75 bzG
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	1060 B
Donnersmarkhütt.	½	—	4	70,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	15,60 B
do. abgest.	0	—	4	— —
do. St.-P. Lit. A.	0	—	6	108,50-108 bz
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	138,90 bzG
Lauchhammer	0	—	4	50,25 bzG
Marienhütte	2⅓	—	4	81,25 bzG
Cons. Redenhütte	4	—	4	228,00 bz
do. Oblig.	6	6	6	104,25 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	18,75 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	103,75 G
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	106,00 bzG
Oppeln. Portl. Cem.	3½	—	4	65,00 G
Groschowitzer dto.	2	4	4	68,00 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	101,10 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	26,00 bzG
Bresl. E.-Wagenb.	5⅓	—	4	77,90 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	79,50 bzB
do. Strassenbahn	6	—	4	115,00 bz
Erdm. Spinnerei	0	—	4	42,50 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	91,00 bzG
Hofm.'s Wag. Fabr	0	—	4	66,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	73,90 bzG
Schl. Leinenind.	5	—	4	99,00 G
do. Porzellan	1½	—	4	48,90 bz
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	45,50 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 1. März. Senat. Berathung der Interpellation Schölcher, betreffend die Sklaverei am Senegal. Der Marineminister gab die erforderlichen Erklärungen ab. Der Senat nahm eine Tagesordnung an, worin er sich von den Ausführungen des Ministers befriedigt erklärte. — Die Deputirtenkammer nahm in erster Berathung den Gesetzentwurf, betreffend die Anlegung neuer Bassins im Süden des Hafens von Marseille, an. Die Bureaux der Deputirtenkammer wählen morgen die Mitglieder der Budgetcommission.

London, 1. März. Das Oberhaus nahm in dritter Lesung die irische Nothstandsbill an.

Brüssel, 1. März. Die „Etoile“ erfährt: Die heutige Versammlung der belgischen Bischöfe in Mecheln beschloß auf Weisung Roms, daß der gesammte Episcopat am Nationalfeste theilnehmen werde. Es wurde außerdem beschlossen, die Schüler aller Anstalten ohne Unterschied zur ersten Communion zuzulassen und den Geistlichen Instructionen für den Religionsunterricht zuzustellen.

Petersburg, 1. März. Anläßlich des Todestages des Kaisers Nicolaus fand in der Festungskirche ein feierlicher Gottesdienst statt, an welchem der Kaiser und die kaiserliche Familie theilnahmen. Morgen erfolgt die Publikation verschiedener Gnadenacte, der Erlaß rückständiger Steuern bei der Landbevölkerung, Verleihung von Orden, Ernennungen und Rangerhöhungen.

Petersburg, 1. März. Die Einsetzung der Executivcommission, sowie die Ernennung des Grafen Loris-Molikoff findet sowohl in der Presse der Hauptstadt, wie in den sonst im Lande erscheinenden Blättern eine lebhafte Zustimmung, die auch von der Bevölkerung getheilt wird.

Konstantinopel, 1. März. Der Sultan ließ dem russischen Botschafter sein lebhaftes Bedauern über den Angriff auf Onou und Comaroff ausdrücken. Comaroff ist verwundet. Die Nachforschungen nach den Verbrechern sind im Gange.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 1. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 172, 25. Köln-Mindener Stamm-Actien 147½. Rhein. Stamm-Actien 158⅜. Hess. Ludwigsbahn 106¾. Köln-Mindener Prämien-Antheile 134¾. Reichsanleihe 99⅞. Reichsbank 156. Darmstädter Bank 154⅞. Meininger Bank 102¼. Oesterr.-Ungarische Bank 725, 00. Creditactien*) 268. Silberrente 61⅝. Papierrente 60¾. Goldrente 73¾. Ungarische Goldrente 87. 1860er Loose 124¾. 1864er Loose —, —. Ungarische Staatsloose 212, 40. Ungar. Ostbahn-Obligationen II 79¼. Böhm. Westbahn 193¼. Elisabethbahn 164. Nordwestbahn 145¾. Galizier 225⅞, Franzosen*) 235⅞. Lombarden*) 77. Italiener —, —. 1877er Russen 88. II. Orientanleihe 59⅞. Central-Pacific 110⅜. Schweizer Centralbahn —. Ludwigshafen-Berbach —. Fest, aber still.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 266⅛, Franzosen 236, Galizier —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, —, II. Orientanleihe —, III. Orient-Anleihe —. Lombarden —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 1. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 127, Silberrente 61¾, Oest. Goldrente 73½, Ung. Goldrente 86⅝, Credit-Actien 264½, 1860er Loose 125, Franz. 591, Lombarden 190, Italien. Rente 81⅜, 1877er Russen 87⅜, II. Orient-Anleihe 57½, Vereinsbank 123, Laurahütte 136, Nordd. 165, Commerzbank 118½, Anglo-deutsche 57½, 5% Amerikan. 95¾, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein. Eisenb. do. 158½, do. junge 150¼, Berg.-Märk. do. 110, Berlin-Hamburger do. 194, Altona-Kiel. do. 140½, Disconto 2⅝, Preuß. 4procent. Consols 99⅝, österr Nordwestbahn —. — Schluß matt.

Hamburg, 1. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine still. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 229 Br., 228 Gd., pr. Mai-Juni 230 Br., 229 Gd. Roggen pr. April-Mai 166 Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. — Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loco 56½, pr. Mai 56½. — Spiritus matt, pr. März 51½ Br., pr. April-Mai 51½ Br., pr. Mai-Juni 50¾ Br., pr. Juni-Juli 50¾ Br., Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gd., pr. März 7,15 Gd., pr. August-December 8,30 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 1. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 5000 Ballen. Sehr ruhig. Tagesimport 13,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 1. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Matt. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 7³⁄₁₆, Mai-Juni-Lieferung 7¼ D.

Liverpool, 1. März, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Low middl. Amerikaner und fair Brasilianer ¹⁄₁₆ D. billiger.

Petersburg, 1. März, Nachmittag 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 25⁵⁄₁₆, do. Hamburg 3 M. 216½, do. Amsterdam 3 M. 128¼, do. Paris 3 M. 267¼, Russ. Präm.-Anleihe de 1864 (gest.) 226¾, do. de 1866 (gest.) 227, Russ. Anl. de 1873 —, 1877er Russen —, ½-Impérials 7, 72, Große Russ. Eisenbahnen 261½, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 118¼, II. Orient-Anleihe 90¾, III. Orient-Anleihe 90⅝, Privatdiscont 5¾ %.

Petersburg, 1. März, Nachmittag 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 59, 00, per August 58, 00. Weizen loco 16, 50. Roggen loco 10, 00. Hafer loco 5, 00. Hanf loco 35, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 16, 50. — Wetter: Frost.

Pest, 1. März, Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco geschäftslos, Termine flau, per Frühjahr 14, 35 Gd., 14, 40 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 67 Gd., 7, 72 Br. — Mais per Mai-Juni 9, 00 Gd., 9, 03 Br. — Kohlraps per August-September 13½. — Wetter: 4 Grad Wärme.

Paris, 1. März, Nachmittag. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per März 33, 50, per April 33, 25, per Mai-Juni 32, 50, per Mai-August 31, 75. — Mehl behauptet, per März 68, 75, per April 69, 00, per Mai-Juni 68, 00, per Mai-August 66, 75. — Rüböl fest, per März 79, 25, per April 79, 75, per Mai-August 81, 50, per September-December 82, 50. — Spiritus behauptet, per März 73, 25, per April 72, 25, per Mai-August 70, 00.

Paris, 1. März, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 per März per 100 Klgr. 58, 50, 7/9 per März per 100 Klgr. 64, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. per März 68, 50, per April 68, 50, per Mai-August 68, 00.

London, 1. März. Havannazucker Nr. 12 25½. Stetig.

Antwerpen, 1. März, Nm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen behauptet. Hafer still. Gerste gefragt.

Antwerpen, 1. März, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18¾ bez. u. Br., per April 19 Br., per Septbr. 20 Br., per September-December 20½ Br. Fest.

Bremen, 1. März, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 35 bez., per April 7, 50 bez., per Mai 7, 65 Br., per August-December 8, 30 Br.

Berlin, 1. März. [Börse.] Daß der März ein schlechter Monat für die Börse ist, hat sich an dem ersten Tage des Monats im Großen und Ganzen bewahrheitet, welcher, im Anschlusse an die unentschiedene Haltung des gestrigen Privatverkehrs, eine im Wesentlichen schwache Tendenz verrieth. Die Meldungen über die Generalversammlung des Verwaltungsraths der Creditanstalt blieben ohne Einfluß auf das Geschäft; es trug zu der schwachen Haltung von Credit-Actien wohl auch die Nachricht bei, daß die Uebernahme der Theiß-Anleihe seitens der Creditanstaltsgruppe im letzten Augenblick noch einer Concurrenz seitens anderer Finanzgruppen begegne. Im Allgemeinen aber waren es wiederum Gerüchte und Befürchtungen über die russischen Zustände, welche auf den Geschäftsgang lähmend einwirkten. Montanwerthe lagen nach der Reprise am Sonnabend bereits gestern und auch heute wieder schwach. Für Deutsche Bahnen existirte eine ziemlich günstige Stimmung. Vorübergehend entwickelte sich eine solche auch auf anderen Verkehrsgebieten; indeß trat die schwache Tendenz immer wieder in den Vordergrund. Credit 535½—38—36, Franzosen 475—73½, Lombarden 154½—53½. Oester.-ungar. Anleihen ziemlich fest. Russische Werthe geschäftslos. Rubel notiren: per ult. 215,50 bis 215,25 (Vorprämie 217,50/2,50), per April 215,50—215,25 (Vorprämie 218/3). Laura 139—37, Dortmunder 108¼—107½. Disconto-Commandit 193,40—91,75—93—92,40. Von speculativen Bahnen Rumänen matt. Es erzielten per ultimo: Rheinische, junge, 150,25, Bergisch-Märkische 110,75—10—60—25, Oberschlesische 186,25—185,75, Rumänier 49,75—90—30, Galizier 113,25—112,75, Nordwestbahn 294,50 bis 294. Auf dem Cassamarkte große heimische Bahnen fest, ohne gestrige Course durchweg behaupten zu können. Kleine Bahnen günstig. Oesterreichische Nebenbahnen still. Stamm-Prioritäten ziemlich fest. Heimische Fonds günstiger: deutsche 4½proc. Prioritäten animirt; 4proc. vernachlässigt. Oesterreichische Prioritäten still, russische unentschieden. Bank- und Industrie-Actien ohne größeren Verkehr. Für Geld geringer Begehr. Russ. Zollcoupons 20,54, 1822er 20¾.

Course um 2½ Uhr: Matt. Creditactien 532,—, Lombarden 151,50, Franzosen 472,—, Reichsbank 156,—, Disconto-Commandit 191,75, Laurahütte 137,—, Dortm. Union 107,—, Türken 10,70, Italiener 81,50, Oesterreichische Goldrente 73,37, Ungarische Goldrente 86,50, Oesterr. Silberrente 61,37, do. Papierrente 60,50, 5proc. Russen 87,50, Köln-Mindener 147,50, Rheinische 158,37, Bergische 109,87, Rumänen 49,50, Russ. Noten 214,50, II. Orient-Anleihe 59,37, III. do. 59,37.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,20 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,20 bez., do. Papier in Wien zahlbar minus 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollars 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 ... Pct., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,5.. bez., 22er Russen —,—, Große Russische Staatsbahn — bez. Russische Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Rumänische Divid.-Sch. per 1879 — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20,43 bez.

Berlin, 1. März. [Producten-Bericht.] Die Witterung ist sehr mild und hat wohl dazu beigetragen, daß unser Getreidemarkt heute in recht matter Haltung eröffnete. Schlechtere Gebote für Roggen wurden mehrfach acceptirt, aber die Anerbietungen auf Termine lichteten sich bald, so daß Verkäufer ihre Forderungen allmälig so weit steigern konnten, um den Standpunkt vom Sonnabend wieder zu erreichen. Loco stockt der Handel noch immer. — Roggenmehl ziemlich fest. — Weizen eine Kleinigkeit billiger eröffnend, war so spärlich angeboten, daß der kleine Rückschritt wieder eingeholt werden konnte. — Hafer loco unverändert; Termine still. — Rüböl beinahe geschäftslos: Stimmung matt. — Petroleum ruhig. — Spiritus in recht beschränktem Begehr, die Haltung ist aber eher etwas fester.

Weizen loco 200—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb. märk. 226—227½ M. ab Bahn bez., per März — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 230 Mark bez., per Mai-Juni 229 bis 229½ Mark bez., per Juni-Juli 228½—229½ Mark bez., per Juli-August 219—219½ Mark bez., per Septbr.-Octbr. 213½ Mark bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 227 Mark. — Roggen loco 172—180 Mark bez. u. Gld. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer — M. bez., inländ 172½—178 M. ab Bahn bez., per März und März-April 171½ bis 172 Mark bez., per April-Mai 172½—173½ M. bez. u. Gld., per Mai-Juni 172½—174—173½ M. bez. u. Gld., per Juni-Juli 171½ bis 172½—172 M. bez. u. Gld., per Juli-August 165½—166½ M. bez., per September-October 163—163½ M. bez. Gekündigt 6 00 Ctr. Kündigungspreis 172 Mark. Gerste loco 137—200 Mark nach Qualität gefordert.

Spiritus loco ohne Faß 60—59,8—59,9 M. bez., per März und März-April 59,7—59,9—59,7 Mark bez., per April-Mai 60,3—60,5—60,3 Mark bez., per Mai-Juni 60,5—60,6—60,5 M. bez., per Juni-Juli 61,2—61,4 bis 61,3 Mark bez., per Juli-August 62,1—62 Mark bez., per August-September 62,5 Mark bez. Gek. 30,000 Liter. Kündigungspreis 59,8 Mark. Hafer loco 145—162 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 148—152 M. bez., russischer 148—150 M. bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 153—156 M. bez.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 1., 2.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 8°,0	+ 3°,8	+ 4°,0
Luftdruck bei 0° (mm)	743,5	741,9	739,0
Dunstdruck (mm)	5,4	4,6	4,6
Dunstsättigung (pCt.)	67	77	75
Wind	SW. 2.	S. 2.	S. 1.
Wetter	bedeckt.	heiter.	trübe.

Breslau, 2. März [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 8 Cm. U.-P. 1 M. 20 C. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.